Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang

Sonnabend, 26. Februar 1921

Nummer 95 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Porto-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 30.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 4,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. extra pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516, 4603, 4635, 4649, 4921

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Flucht vor der Oeffentlichkeit

Keine Entwaffnung der gegenrevolutionären Organisationen! — Keine Auflösung der bayrischen Einwohnerwehr! — Bürgerliche und Rechtssozialisten innig vereint!

Am Schlusse der gestrigen Sitzung des Reichstags hat es sich deutlich gezeigt, daß es sich bei der Notiz der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" über die nationalistischen Umtriebe und den darauffolgenden Drohworten des Reichsministers Simons im Reichswirtschaftsrat um nichts anderes als um eine Komödie handelte, die vor der Entente aufgeführt wurde. Wenn es der Regierung ernst mit ihrer Absicht wäre, die Entwaffnung der Orgesch-Banden und der anderen gegenrevolutionären Formationen und die Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren durchzuführen, so hätte sie der sofortigen Besprechung der Anträge der Unabhängigen Sozialdemokratie zu diesen Dingen zugestimmt. Das ließ sie aber durch die bürgerlichen Parteien, mit denen die Rechtssozialisten im Bunde standen, verhindern.

Der Präsident Bell wollte bei der Festsetzung der Tagesordnung für die heutige Sitzung nicht den Etat des Reichsministeriums des Innern mit den dazugehörigen Anträgen der Unabhängigen Sozialdemokratie, dessen Beratung längst fällig ist, zur Besprechung stellen, sondern eine Reihe anderer Gegenstände. Darauf entspann sich die folgende Geschäftsordnungsdebatte:

Dr. Rosenfeld: Namens meiner Freunde beantrage ich, morgen **zunächst den Etat des Ministeriums des Innern zu behandeln.** Dieser Etat steht schon auf der Tagesordnung, er soll aber **offenbar in der Versenkung verschwinden.** Das können wir aber nicht zulassen. Gerade in der gegenwärtigen Situation halten wir die Beratung dieses Etats für eine unbedingte Notwendigkeit. Wir haben zu dem Etat beantragt, daß **sofort die Noten vorgelegt werden,** die zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung **über die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren** gewechselt worden sind. Ueber diese geheimen Verhandlungen muß das deutsche Volk endlich Auskunft erhalten. (Sehr richtig! b. d. U. S.) Wir haben ferner beantragt, die **Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren schleunigst durchzuführen.** Auch dieser Antrag erträgt keine Verschiebung. Wir warten schon lange vergeblich auf die Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren, die bayerische Regierung tut nichts zu dieser Auflösung. Die Angehörigen der Einwohnerwehren versammeln sich, bis an die Zähne bewaffnet, und protestieren gegen das Verlangen, daß ihnen die Waffen abgenommen werden sollen. (Sehr richtig! b. d. U. S. — Rufe rechts: Zur Geschäftsordnung! — Präs.: Herr Abgeordneter, Sie reden nicht zur Geschäftsordnung, sondern zur Sache!) **Rosenfeld:** Ich begründe nur die Notwendigkeit, nicht einen Tag länger die Behandlung dieser so wichtigen Angelegenheit hinauszuschieben. Ferner ist die **sofortige Beratung des Entwaffnungsgesetzes notwendig.** Dies Gesetz tritt bereits mit dem 1. März außer Kraft. Wir haben gegen das Gesetz gestimmt. Regierung und Mehrheitsparteien aber haben gesagt: Wir brauchen das Entwaffnungsgesetz, um die Einwohnerwehren entwaffnen zu können. **Jetzt tritt das Gesetz am 1. März außer Kraft und damit sorgen Sie dafür, daß, von Ihrem Standpunkt aus gesehen, Ihnen sogar die gesetzliche Handhabe fehlt, um die bayerischen Einwohnerwehren aufzulösen.** Wir können nicht dulden, daß damit ein weiterer Vorwand gegeben wird, um die bayerischen Einwohnerwehren unter Waffen zu lassen. (Sehr richtig! b. d. U. S.)

Wir verlangen ferner die **schleunige Aufklärung über die Nachrichten von einem bevorstehenden Rechtsputsch.** (Lachen rechts.) Ich weiß nicht, ob Sie Herrn Stinnes auslachen, der ja in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" ausdrücklich auf diese Gefahr des Augenblicks aufmerksam gemacht hat, und er muß es ja wissen. Aehnliche Aeußerungen hat der Außenminister Simons getan, indem er vor unbedachten politischen Abenteuern warnte. (Sehr wahr! bei den U. S. — Große Unruhe rechts. — Glocke des Präs. Präs.: Herr Abgeordneter, Sie haben nur das Recht, 5 Minuten zur Geschäftsordnung zu sprechen!) Dr. Rosenfeld: Ich bin bereits am Ende. Wir wünschen also, daß alle diese Dinge **schleunigst in aller Oeffentlichkeit behandelt werden.** Wir rufen der Regierung zu: **Heraus mit den Tatsachen, die solche Aeußerungen des Reichsministers Simons rechtfertigen!** Schließlich verlangen wir vom Ministerium des Innern die **Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten,** durch die Ausnahmegerichte eingesetzt sind. Sie sollten sich angeblich gegen die Rechtsputschisten richten, werden aber in Wirklichkeit **gegen die Arbeiterschaft** benutzt. Wir verlangen, daß der Etat des Ministeriums des Innern morgen beraten wird, damit wir zu allen diesen Dingen Stellung nehmen können. (Lebh. Beif. b. d. U. S.)

Abgeordneter **Adolf Hoffmann** (K. P. D.): Ich schließe mich den Ausführungen des Vorredners an. In London wird es den besten Eindruck machen, wenn hier die Auflösung der Einwohnerwehren beschlossen wird.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Unabhängigen gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien und der Rechtssozialisten abgelehnt.

Dr. **Rosenfeld** (Z. G. O.): Nachdem Sie durch Ihren Beschluß es unmöglich gemacht haben, das Ministerium des Innern morgen zu beraten, erkläre ich nunmehr, daß wir den Antrag auf Aufhebung der außerordentlichen Gerichte zu dem auf der morgigen Tagesordnung stehenden Etat des Reichspräsidenten stellen. Dann werden wir bei diesem Etat das sagen, woran Sie uns durch Ihren Beschluß hindern wollten. (Lebh. Beif. bei den U. S.)

Präsident: Beim Etat des Reichspräsidenten kann dieser Antrag besprochen werden.

Ein Skandal ist es, daß die Regierung und die bürgerlichen Parteien nicht an das heiße bayerische Eisen rühren wollen. Sie glauben in ihrer Kurzsichtigkeit, die Entente durch ihre Verschleppungstaktik hinters Licht führen zu können. Ein noch viel größerer Skandal aber ist, daß die Rechtssozialisten diese Manöver mitmachen und dazu beitragen, daß die Reaktion ihre festesten Stützen in der bayerischen Einwohnerwehr und in der Orgesch weiterbehält und daß auch die infame Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten noch fortgesetzt gegen Arbeiter angewendet werden darf. So verstehen die Rechtssozialisten den Kampf gegen die Reaktion. Ihr Verhalten ist die erste Quittung auf das Ergebnis der Preußenwahlen!

Die Verlängerung des Entwaffnungsgesetzes

In der gestrigen Sitzung des Aeltestenrats des Reichstages wurde die Frage der Beratung des Entwurfs über die Verlängerung des Entwaffnungsgesetzes eingehend besprochen. Die Mehrheit der Parteien war bereit, die Angelegenheit ohne weitere Debatte schnellstens zu erledigen. Müller (Soz.) und Dr. Rosenfeld (U. S. P.) widersprechen einer derartigen Behandlung. Beide sozialdemokratischen Fraktionen lassen erklären, daß sie diese Vorlage benutzen wollten, **um das völlige Versagen der Reichsregierung gegenüber Bayern zu brandmarken.** Es wurde beschlossen, das Entwaffnungsgesetz auf die heutige Tagesordnung zu setzen.

Interessant ist, daß trotz dieses Beschlusses des Aeltestenrats die Verlängerung des Entwaffnungsgesetzes doch nicht auf die heutige Tagesordnung gesetzt worden ist. Damit ist **es fast unmöglich geworden, das Entwaffnungsgesetz über den 1. März hinaus zu verlängern.** Die Regierung hat dadurch die beste Ausrede bekommen, nach dem 1. März sagen zu können, es fehle ihr jede gesetzliche Handhabe, auf Grund des Entwaffnungsgesetzes die bayerische Einwohnerwehren zu entwaffnen. Wieder ein Beweis dafür, wie ernst man es mit den früher gegebenen Erklärungen, die bayerische Einwohnerwehr endlich zu entwaffnen, nimmt!

Orgeschstreiche in Bayern

Enttäuschung über die preußischen Landtagswahlen

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 25. Februar.

Gestern erschienen in den Geschäftsräumen unseres Münchener Parteiblattes „Der Kampf" eine Anzahl Kriminalbeamte und nahmen auf Beschluß der Staatsanwaltschaft eine Durchsuchung der Geschäftsräume nach einer vom Verlag des „Kampf" zum Vertrieb gestellten Ansichtspostkarte „Der Notgardist" vor. Die Postkarte stellt in Vierfarbendruck einen mit einer roten Armbinde versehenen und mit einem Gewehr ausgerüsteten Arbeiter dar, der auf dem Münchner Marienplatz steht, ist also weiter nichts, als eine historische Erinnerung an die Maitage 1919. Diese Aktion des berüchtigten Staatsanwalts Bieberich, der gegen den „Kampf" sogar ein Hochverratsverfahren eingeleitet hat, steht in Verbindung mit folgenden Vorgängen, die in unserem Münchener Parteiblatt des Näheren beleuchtet werden.

Die alldeutschen und bayrischen Reaktionäre unter der Führung der Ludendorff, Escherich und Kanzler sind von den preußischen Wahlen enttäuscht. Ihre Hoffnung auf die legale Schaffung einer preußischen Ordnungszelle nach dem Muster der bayrischen Ordnungszelle ist zerflossen. Die „Münchener-Augsburger Abendzeitung", das Organ der Militärs, schreibt einen Tag **nach den** Preußenwahlen, daß wir „**in einer Lage seien, die der vor dem Kapp-Putsch aufs Haar ähnlich sei**". Die militärischen Führer der Alldeutschen und der Orgesch inszenieren inzwischen einen neuen Rummel. Sie berufen Gautage und Kreistage der Einwohnerwehren ein, auf denen Beschlüsse gefaßt werden, die Waffenablieferung zu verweigern. Der Orgeschhäuptling Escherich will kämpfen. Unter stürmischem Beifall der Wehrmänner erklärt er, daß er niemals der bloßen Gewalt weichen werde, und daß sich alle Gutgesinnten in Treue um ihn scharen müßten in den schweren Stunden, die noch kommen würden.

Die Orgeschreaktionäre schicken den Referenten für die bayrische Einwohnerwehr den ehemaligen Offizier Pirner nach London. Mit ihm fährt auch der bekannte Bauernführer Dr. Heim. Wir fragen: wer hat Pirner und Dr. Heim nach London eingeladen? Inzwischen rüsten die Reaktionäre in Bayern für die Herbeiführung der militärischen Diktatur. Der „nationale Generalstreik" ist das neueste Programm der famosen „nationalsozialistischen Arbeiterpartei", hinter der die Orgeschmänner stehen. Das ist nicht bloß Phantasie, das ist das jetzige Programm der bayrischen Zeitfreiwilligen nach den Preußenwahlen. Daher das nationale Gebrülle „Niemals", und die Hetze gegen die „schwarze Schmach",

Reparationsfrage und produktive Finanzpolitik

Von Prof. Dr. E. Ballod

Genosse Ballod hatte uns vor der Wahl längere Ausführungen über diese jetzt auf der Tagesordnung stehende Frage gesandt. Infolge Raummangels konnten wir sie bisher leider nicht veröffentlichen. Wir geben nunmehr die folgenden Darlegungen daraus wieder, die ohne Zweifel die weitestgehende Beachtung verdienen.

Frankreich, die Franzosen können sich darauf berufen, daß der Verlust von 1½ Millionen an kräftigen Männern im Kriege (ungerechnet die Verkrüppelten) bei ihnen wirtschaftlich zurzeit als Nettoverlust anzusetzen sei (weil die französische Bevölkerung stationär ist), während in Deutschland der Verlust von 1,8 Mill. Männern durch den Zuwachs ersetzt ist, Deutschland heute, absolut genommen, nicht weniger arbeitskräftige Männer habe, als vor dem Kriege. Frankreich müßte also, um wirtschaftlich und damit finanziell leistungsfähig zu bleiben, in höherem Maße die Volkswirtschaft rationalisieren, mechanisieren, oder aber das Minus an eigener Produktionskraft durch Zufuhr von Rohstoffen aus dem Auslande auf über ein Menschenalter hinaus (bis zum Neuausgleich infolge Bevölkerungswechsels) beziehen. Daher die Forderung, von Deutschland die wertvollsten Rohstoffe, wie die Kohle, auf 40—50 Jahre hinaus als Kriegskontribution zu erhalten. Frankreich hatte 1913 eine eigene Kohlenproduktion von 40,8 Mill. Tonnen, dazu kam noch eine Einfuhr von 20 Mill. Tonnen. Im Jahre 1919 betrug die Eigenproduktion kaum 21 Mill. Tonnen, weil ein großer Teil der Kohlenschächte zerstört war. Aber selbst nach Wiederherstellung kann es kaum mehr als 20—25 Mill. Tonnen Kohle produzieren, wenn es keine ausländischen Arbeiter ins Land ziehen will. Trotz der 15 Mill. Tonnen großer Produktion des Saargebiets fehlen also Frankreich 20—25 Mill. Tonnen Kohle, die es kaum noch von England kaufen könnte, weil die Preise sich rund verdreifacht haben, England auch sehr ungerne noch Kohle abgibt, weil seine Eigenproduktion um über 40 Mill. To. gesunken ist. Also soll Deutschland für den französischen Ausfall herhalten! Dies läßt sich nur durch dauernde militärische Niederhaltung Deutschlands, durch dauernde Feindschaft erzwingen. Können aber die französischen Militaristen und Staatsmänner wirklich für den Fortbestand der heutigen militärischen und politischen Konstellation auf ein halbes Jahrhundert hinaus garantieren? Es wäre doch wohl verständiger, auf derartige Reparationsbedingungen einzugehen, die das deutsche Volk, wenn auch unter schweren Opfern, in verhältnismäßig kurzer Zeit leisten können.

Solche Möglichkeiten bieten sich in einer Elektrifizierung der französischen Wasserkräfte. Die französischen Alpen und der Rhonestrom bieten mindestens 4 bis 5 Millionen Pferdestärken. Das Zentralplateau und die Pyrenäen werden es auch auf je eine halbe Million Pferdestärken bringen. Die Fluthöhen bei St. Malo und im hintersten Golf von Avranches, die 12 bis 15 Meter erreichen, könnten wohl auch auf je eine viertel Million Pferdekräfte ausgebaut werden. Will doch das kohlenreiche England von einem Dammausbau an der Savernemündung zwecks Einfangens von einer viertel Million Pferdestärken mittelst Wasserturbinen Vorteile ziehen . . . Die Kohle, das wissen wir heute alle, ist ein kostbarer, sich nicht wieder ersetzender Schatz, der nur für Zwecke dienen sollte, wo er unersetzbar ist, z. B. bei chemischen Wärmeprozessen, dem Ziegel- und Zementbrande, der Zuckerindustrie, dem Hausbrande, obgleich auch da die moderne Technik ungeahnte Spar- und Ersatzmöglichkeiten bietet.

Die Wasserkraftanlagen können, wenn die Erbauung von kostspieligen Staudämmen, die Anlage von Talsperren in Frage kommt, bis zu 1000, ja 1200 Goldmark für die Pferdestärke ausmachen. Natürliche Stauseen, damit Wasserkraftreservoire, gibt es nur in der Schweiz. Der Ausbau der Rheinwasserkraft wäre verhältnismäßig billig, käme höchstens auf 500—600 Goldmark die Pferdestärke, weil die Schweizer Seen durch Aufstauen um wenige Meter als gewaltige Wasserreservoire benutzt werden können. Für Frankreich käme nur der Genfer See als Stausee bei einem Vertrage mit der Schweiz in Frage. Der Genfer See würde aber bei weitem nicht reichen: soll, und das ist doch die Grundbedingung bei einer rationellen Ausnutzung von Wasserkraft, diese Kraft gleichmäßig das ganze Jahr über fließen, so müssen große Wasserreservoire angelegt werden, die die ungeheuren Schwankungen in der Wasserführung der Flüsse (ums 100—200 fache) ausgleichen. Rechnen wir also von vornherein damit, daß ein Ausbau der französischen Wasserkräfte im großen 1000, zuzüglich Dynamos, Leitungen und Elektromotoren 1200 Mark für die Pferdekraft kosten würde. Wieviel Kraft wäre nötig, wieviel Kapital wäre aufzuwenden, um den Gesamtbedarf Frankreichs an mechanischer Arbeit durch elektrische Kraft zu decken?

Da kämen zunächst die 40 000 Kilometer Eisenbahnen. Man hat in der Schweiz, die etwa ein Zehntel soviel Eisenbahnen hat, aber viel schwierigeres Gelände, den Gesamtbedarf an ständiger elektrischer Kraft auf 120 000 Pferdestärken geschätzt, für Deutsch-Oesterreich bei über 4000 Kilometer Eisenbahnlänge ist man auf 130 000 gekommen. Aller Wahrscheinlichkeit nach würden für Frankreichs Eisen-

bahnen eine Million ständiger elektrischer Pferdestärken mehr als ausreichen. Für Beleuchtung und für Industriezwecke, abgesehen von der Eisen- und Bergwerksindustrie wird man in Frankreich mit einer weiteren Million an ständigen Pferdestärken reichlich auskommen. Es brauchen also nur zwei Millionen elektrischer Pferdestärken oder aber in den Wasserkraftanlagen selbst, etwa drei Millionen da zu sein, um einen Kohlenkonsum von mindestens 30 Millionen Tonnen jährlich zu decken und damit Deutschland nicht nur vom Kohlentribut an Frankreich zu befreien, sondern ihm auch einen beträchtlichen Teil der Saarkohle übrig zu lassen. Die Unkosten selbst, zu 1200 Goldmark die Pferdestärke gerechnet, würden 3600 Millionen Goldmark ausmachen, selbst wenn Deutschland dabei noch die Anlage von elektrischen Oberleitungen übernehmen müßte, würde dies bei 60 000 Kilometer Gleislänge nur (zu je 20 000 Goldmark) weitere 1200 Millionen erfordern, 5000 elektrische Lokomotiven allenfalls weitere 500 Millionen. Zusammen 3600 + 1200 + 500 = 5300 Millionen Goldmark. Den ganzen vorhandenen Fahrpark an Dampflokomotiven könnte alsdann die französische Militärverwaltung als Kriegsreserve ansehen, sie allenfalls sogar durch Neubau noch ergänzen.

Es kommt nun die Wiederherstellung der französischen Industrie und der Landwirtschaft im gewesenen besetzten Gebiet. Gänzlich zerstört sollen sein 300 000 ha fruchtbarsten Boden im Sommegebiet. Diese im früheren Zustande wieder herzustellen würde ungeheure Aufwendungen erfordern, weil die Fruchterde selbst ja erst von weitem her beschafft werden müßte. Also, man belasse diese Gebiete wie sie sind und entschädige die Besitzer zum 1½fachen oder selbst doppelten Friedenswert! Aber der Verlust an nahrungsprossendem Acker? Nun, Frankreich hat Sümpfe und Oedland, deren Urbarmachung weit, weit weniger Ungeländes" an der Somme. Deutschland könnte sich ja verpflichten 300000 Hektar Sümpfe 1. im Mündungsgebiet der Rhône, 2. in der Sologne südlich von Orleans, 3. in der Vendée, 4. in dem Dombes usw. auszutrocknen, mit Ent- und Bewässerungsanlagen zu versehen, die Meierhöfe zu bauen, das Inventar zu beschaffen usw. Wenn man die Entwässerung noch so hoch, zu 2000 Goldmark je Hektar rechnet, die übrigen Auslagen zu ebensoviel, so käme man auf 1200 Mill. Goldmark, höchstens auf 1500 Mill.

Also: eine rationelle, produktive Reparationspolitik würde Deutschland verhältnismäßig bald von fremdem Tribut befreien und Frankreich die Möglichkeit industriellen Aufschwunges geben. Die Gesamtkosten für Deutschland würden sich kaum auf über 8, sagen wir 10 Milliarden Goldmark belaufen und könnten im Laufe von fünf Jahren abgeleistet werden dann, wenn die deutschen Maschinenfabriken und Elektrizitätswerke die nötigen Maschinen liefern; auch die jetzt zum Teil stillgelegten deutschen Zementwerke könnten dann zum Teil den Zement wenigstens für die in der Nähe des Meeres gelegenen Wasserbauten liefern. Zum Teil müßten allerdings große Zementwerke neu angelegt und von Deutschland aus mit Kohle versehen werden. Ganz wesentlich verbilligen, genau gesprochen, überhaupt erst in rationeller Weise möglich machen könnte Deutschland eine derartige Reparation in natura bei einer Sozialisierung der Eisen- und Kohlenindustrie. Für die Wasser-, Damm- und Kanalbauten könnte an eine Beschäftigung deutscher lediger Arbeitsloser gedacht werden.

Ein Vorteil: großzügige Meliorationsarbeiten im „Feindesland" würden, wenn nicht sofort, so doch alsbald ebenso großzügige Aufbauarbeiten im eigenen Lande, damit eine produktive Finanzpolitik erzwingen.

Die deutschen Gegenvorschläge

Einstimmigkeit der Sachverständigen

W. T. B. verbreitet folgende Meldung: Die unter Vorsitz des Reichsministers Dr. Simons abgehaltene Schlußberatung der Sachverständigen aus allen Gebieten des berufsständigen Lebens kam zu dem einhelligen Ergebnis, daß die Annahme der Pariser Forderungen aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen unmöglich sei, und daß jeder Versuch, eine Lösung auf Grundlage der Pariser Beschlüsse zu finden, zu einem Zusammenbruch der Weltwirtschaft führen müsse. Eine von den Sachverständigen gutgeheißene Denkschrift weist diese Unmöglichkeit im einzelnen nach.

Die Sachverständigen erklärten sich mit dem Standpunkt der Reichsregierung, in den zu machenden festen Gegenvorschlägen bis an die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit zu gehen, einstimmig einverstanden.

An der Sitzung nahmen neben den Vertretern des Auswärtigen Amtes, des Reichsministeriums des Innern, des Reichsfinanzministeriums, des Reichswirtschaftsministerium, des Reichsschatzministeriums, des Reichsarbeitsministeriums, des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichsministeriums für Wiederaufbau, des Statistischen Reichsamts und den die Delegation nach London begleitenden Sondervertretern Preußens und Bayerns Geheimrat Fellinger und Staatsrat v. Meinel, die folgenden Herren teil: Geh. Kommerzienrat Arnhold, Stellvertretender Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Baltrusch, Professor Dr. Bonn, Exzellenz Edler von Braun, Geh. Justizrat Dietrich, Geh. Regierungsrat Duisberg, Gewerkschaftssekretär Erkelenz, Präsident des deutschen Industrie- und Handelstages Dr. Frenzel, Malerobermeister Hansen, Exzellenz Hapenstein, Dr. Georg Heim, Geh. Bergrat Hilger, Leiter wirtschaftlicher Verbände Keinath, Geh. Justizrat Kempner, Kommerzienrat Klöckner, Generaldirektor Köngeter, Direktor Krämer, Gewerkschaftssekretär Löffler, Direktor Lübsen, Dr. Karl Melchior, Staatssekretär a. D. Dr. August Müller, Dr. Walter Rathenau, Gewerkschaftssekretär Silberschmidt, Direktor v. Stauß, Hugo Stinnes, Direktor Urbig, Generaldirektor Vögler, Verbandsvorsitzender Nieber, Geh. Oberregierungsrat Wiedfeldt und Reichsminister a. D. Wissell.

Ein vernünftiger Rückzug

Offiziös wird gemeldet, daß die Reichsregierung ihren Entwurf über die Festsetzung des 6. März als nationalen Trauertages zurückgezogen hat, nachdem im Reichsrat seitens der Mehrheit der Länder erhebliche Bedenken gegen die Wahl dieses Tages erhoben und gleichzeitig empfohlen worden war, die Trauer mit Schutzbestimmungen gegen die Abhaltung geräuschvoller und unziemlicher Veranstaltungen zu umgeben.

Nicht ohne Interesse ist die Empfehlung von Schutzbestimmungen. Sie zeigt einesteils, daß man der allgemeinen Sympathie der Bevölkerung zu dieser Schöpfung nicht ganz sicher ist, aber auch, daß man in Deutschland selbst in Angelegenheiten der Pietät nicht ohne die Polizei auskommen kann. Besser konnte die Ueberflüssigkeit und innere Unwahrhaftigkeit eines „nationalen Trauertages" nicht begründet werden. Hoffentlich verschwindet der ganze Rummel so schnell, wie er aufgekommen ist.

Die Flucht vor der Wahrheit

Das Ausnahmegericht hat jetzt endlich den Prozeß gegen den ehemaligen Freikorpsführer Hauptmann v. Pfeffer festgesetzt. Er findet am 8. März, vormittags 10 Uhr, in Stargard in Hinterpommern statt. Das Außerordentliche Gericht siedelt zu diesem Zwecke Anfang März mit allem nötigen Personal nach Stargard über. Dort sind ihm die Räume des Amtsgerichts zur Verfügung gestellt worden. Wie kommt das Außerordentliche Gericht dazu, den Prozeß nicht in Berlin, wo es seinen Sitz hat, stattfinden zu lassen? Hauptmann Pfeffer hat seine geheimen Rüstungen im Kreise Arnswalde betrieben, das Berliner Außerordentliche Gericht ist dafür zuständig und nur in Berlin kann deshalb die Verhandlung stattfinden. Es trifft sich gut, daß die „Deutsche Zeitung", das Blatt der Orgeschritter und Baltikumer, die Erklärung dafür gibt. Sie schreibt im Anschluß an ihre Mitteilung, daß der Prozeß in Hinterpommern stattfindet, folgendes:

„Hierdurch wird der störende Einfluß, den Straßen- und Tribünenpublikum in der Reichshauptstadt auf den Gang politischer Prozesse immer mehr auszuüben versuchen, wirksam unterbunden. Die linke Presse aller Schattierungen ist seit langer Zeit bemüht, dem Urteil des Gerichts in gehässiger aufreizender Weise vorzugreifen und die ganze Angelegenheit sinnlos aufzubauschen."

Tatsächlich ist die Flucht aus Berlin die Flucht vor der Wahrheit. Das Außerordentliche Gericht, eine militaristische Einrichtung, befürchtet, daß die Presse während der Verhandlungen eingreift und alle Schiebungen und Schliche aufdeckt, die bisher angewendet worden sind, um Hauptmann Pfeffer der Verantwortung zu entziehen. Das Gericht befürchtet, daß das von der Presse beigebrachte Tatsachenmaterial so schwerwiegend sein könnte, daß sich eine Verurteilung Pfeffers nicht umgehen lassen würde. Deshalb verlegt es den Prozeß nach Hinterpommern, d. h. er findet so gut wie unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Ein neuer Beweis dafür, daß die Ausnahmegerichte mit allem spielen, was Recht und Gesetz ist. Ihre Beseitigung ist dringend erforderlich, denn sie haben bisher den Ebert-Erlaß nicht in einem Falle sinngemäß angewendet, also gegen die Freikorpsführer, für die er in erster Linie bestimmt war. Sie haben aus dem Ausnahmeerlaß Eberts vielmehr ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter gemacht und dank ihrer Tätigkeit ist die Bildung von bewaffneten Orgesch- und Baltikumbanden nicht verhindert, sondern verschleiert, ja mehr noch: direkt begünstigt worden.

Ein vorbildlicher Staatsanwalt

Während des Wahlkampfes in Schlesien hat der Kandidat der Wirtschaftspartei, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Rohde aus Breslau, in einer Versammlung in Schweidnitz die Behauptung aufgestellt, die Presse sei eine feile Dirne, die gegen Bezahlung für alles zu haben sei. Gegen diese Behauptung hat der Verband der schlesischen Presse Stellung genommen und auch die „Breslauer Morgenzeitung" wies den Angriff scharf zurück. Daraufhin hat der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Rohde dem Chefredakteur der „Morgenzeitung", Hinze, und dem verantwortlichen Redakteur der „Breslauer Zeitung", Dr. Langenstraßen, eine Forderung auf Pistolen zugehen lassen. Das Duell ist ja nun in Deutschland verboten, wenigstens dem Gesetz nach. Glaubt nun der Staatsanwalt, daß vor ihm noch jemand Respekt haben wird, wenn er sich als Hüter des Rechts aufspielt, nachdem er selbst Recht und Gesetz mißachtet?

Im neuen Deutschland

Welcher Geist in dem „demokratischen" Offizierkorps der republikanischen Schupo herrscht, zeigt eine Zuschrift an den „Vorwärts" über die Verhältnisse in der Lichterfelder Hauptkadettenanstalt, wo die Schupo einquartiert ist. Es heißt da:

„Die Offiziere richteten die altpreußischen Kasinofeste wieder ein. Die Einladungen erfolgen unter der Firma Herrenabend. Bei unbeschränkter Polizeistunde, Musik der Schupokapelle und dem nötigen Alkohol werden in regelmäßiger Wiederholung im vorrevolutionären Stil stramm militärische Offiziersfeste gefeiert. Die offizielle Rede hält gern der Major von Dieskau, der Kommandeur hier draußen. Inhalt seiner Rede ist immer die gute alte Zeit, die böse Gegenwart und die herrliche Zukunft. Dabei wird der Schluß der Rede verschluckt und statt des donnernden Hoches auf . . . . **Fliegt das Weinglas an die Wand.** Dann singen die Herren Offiziere stehend gemeinschaftlich und feierlich unter Musikbegleitung „Heil dir im Siegerkranz!" Auch sonst geht es nach allen Regeln des altpreußischen Kasinoreglements zu. Im besonderen wird als selbstverständlich erachtet, daß die nötige alkoholische Geistesumnachtung erreicht wird. Offiziere, die sich nicht auf den Beinen halten können, werden im Dienstauto der Schupo nach Hause geschafft. Als sich herausstellte, daß die Chauffeure nicht dichthielten, ist man dazu übergegangen, in solchen Fällen einen der Offiziere ans Steuer zu setzen; er zieht dann — nur der Einfachheit halber — einen Mannschaftsrock an."

Es ist nichts zu befürchten. Man hat an amtlicher Stelle Verständnis für die besondere Pinche der monarchistischen Offiziere. Und so dürfen die, die der Republik dienen sollen und dafür bezahlt werden, sie ungestört verhöhnen, während umgekehrt Arbeiter, die mit der Waffe in der Hand die Republik verteidigt haben, dafür ins Gefängnis oder ins Zuchthaus wandern.

Das Gekreisch der Bankrotteure

Einem Toten pflegt man gewöhnlich am Grabe einige Worte zu widmen, um dann wieder in das Reich der Lebenden zurückzukehren. Die „Rote Fahne" folgt nicht diesem Brauch. Sie sagt die Unabhängige Sozialdemokratie an jedem Morgen und an jedem Abend mehrere Dutzend Male tot, widmet uns aber trotzdem unzählige Artikel und Notizen. In ihrem gestrigen Abendblatt wird allein im politischen Teil in einem Leitartikel und in zwei langen Notizen über die „Freiheit" hergezogen, ohne das, was sich noch an den anderen Orten des Blattes befindet. Es ist nicht notwendig, auf diesen Schmatz einzugehen. Die denkenden Leser des Blattes aber werden sich sagen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie doch noch ein außerordentlich lebenskräftiges Gebilde darstellt, wenn die „Rote Fahne" soviel Geistesschmalz zu unserer Bekämpfung aufwenden muß!

Ein Leitartikel und zwei lange Notizen gegen die „Freiheit", aber kein Sterbenswörtlein über den Zusammenbruch der Zentrale der Kommunistischen Partei, die doch immerhin keine ganz nebensächliche Angelegenheit für die Leser des Blattes ist. Glaubt die „Rote Fahne", mit ihrem Gekreisch gegen uns den Bankrott ihrer eigenen Partei verschleiern zu können?

Die Orientkonferenz

Paris, 25. Februar.

Der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur meldet aus London von heute nachmittag: Die türkische Delegation hat den Vorschlag der Alliierten, eine Enquetekommission in der Frage von Thrazien und Smyrna einzusetzen, angenommen. Sie hat erklärt, daß sie die Entscheidung der Alliierten, wie sie auch ausfallen möge, annehmen wird. Der Präsident der Konferenz hat die türkischen Delegierten gefragt, ob sie auch die Vertragsklauseln von Sèvres annehmen. Die Delegierten von Angora und Konstantinopel haben versprochen, ihre Antwort dem Obersten Rat heute abend 5 Uhr mitteilen zu wollen. Was die griechischen Delegierten betrifft, so haben sie keine endgültige Antwort geben können. Der griechische Ministerpräsident hat dem Obersten Rat erklärt, daß er vorher seine Kollegen in Athen, die drei anderen politischen Parteien angehörten, befragen müsse. Er werde den Alliierten seine Antwort sobald wie möglich mitteilen. Die griechischen Delegierten haben erklärt es sei ihnen sehr unangenehm, daß sie gezwungen würden, eine siegreiche Offensive einzustellen. Man glaubt aber schon jetzt, daß auch die Griechen die Enquetekommission annehmen werden.

Man arbeitet langsam in London. Soviel man heute schon überblicken kann, sind die türkischen Delegationen, die formell geschlossen auftreten, entschieden im Vorteil gegen die Griechen. Ueberraschen muß die Mäßigung und das bereitwillige Entgegenkommen der türkischen Delegationen, auch der nationalistischen. Sie arbeiten äußerst geschickt und stehen ganz auf dem Boden der Tatsachen, ihrer Tatsachen nämlich. Von dem Bündnis und der Freundschaft mit Moskau ist nichts zu merken. Man treibt traditionelle Diplomatenpolitik unter Ausschluß jeder revolutionären Geste. Wie sehr die zeitweilige Verbindung mit Moskau nur Wirklichkeitsgründen entspringt, beweisen die Worte Bekir Sami Beys, des Führers der Delegation von Angora. Er äußerte sich zu dem Vertreter des Kopenhagener Blattes „Politiken" über das Verhältnis zu Rußland folgendermaßen: „Als östlicher Staat sind wir natürlich Rußland gegenüber freundschaftlich gestimmt, aber die Sowjet- und die Angora-Regierung sind weit davon entfernt, einig zu sein. Kemals Regierung eine bolschewistische zu nennen, wäre daher falsch."

Die Griechen, für die jede Art der Abänderung des Vertrages von Sèvres schwere Einbuße bedeutet, müssen gleichwohl den mächtigeren Herren sich unterwerfen. Herrengunst ist eben ein wechselvolles Ding. Nachdem sie im Gebiet von Smyrna ungeheure Opfer an Menschen und Kapital gebracht haben, können sie möglicherweise wieder gehen. Auf jeden Fall müssen sie eine erfolgreiche Offensive abbrechen und einen Waffenstillstand abschließen. Noch ist dies ja nicht entschieden, aber es besteht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß es so kommen wird. Am nötigen Drucke fehlt's nicht. Der französische Geschäftsträger hat in Athen die Zurückzahlung von 412 Millionen Franken für gelieferies Material und gewährte Vorschüsse gefordert, während der britische Gesandte eine Forderung in Höhe von 388 Millionen Pfund Sterling eingereicht hat. Von der Haltung Griechenlands wird es dann abhängen, ob man ihm Aufschub gewährt.

So sind die kleinen Staaten nur Schachfiguren im Spiel des westeuropäischen Imperialismus, und ihr Stern oder Unstern ist eng mit dessen Schwankungen und Konflikten verbunden.

Das reaktionäre Polen

Die Todesstrafe gegen Streikende

In Polen ist ein teilweiser Eisenbahnerstreik ausgebrochen. Darauf wurden durch Dekret des Staatschefs Pilsudskis angesichts der dem Staate drohenden Unsicherheit alle Staats- und Privatbahnen in Polen dem Kriegsrecht und der Militarisierung unterworfen. Daraufhin verkündete das Generalkommando in Warschau die Anwendung der Standgerichte gegen Agitation, Betriebsstörung, Pflichtverletzung und die Verweigerung im Eisenbahndienst unter Androhung der Todesstrafe durch Strang oder Erschießen.

Etwa die Hälfte der Züge fährt. Der offizielle Eisenbahnerverband ist am Streik unbeteiligt, verbleibt vielmehr bei der Befristung seiner Forderungen zum 7. März. Für diesen Termin haben die Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten ihre gleichfalls ultimativen Ansprüche angeschlossen.

Russisch-polnisches Kriegsgefangenen-Abkommen

Am 24. Februar, abends 8 Uhr, fand nach einer „Dena"-Meldung aus Riga in einer öffentlichen Plenarsitzung der russisch-polnischen Friedensdelegationen die Unterzeichnung der Zusatzverträge zu dem Präliminarfrieden statt. Der erste Vertrag enthält das Abkommen über den Austausch und die Rückführung von Kriegsgefangenen und Flüchtlingen. Der zweite wichtigere Vertrag ändert die Kündigungsfrist für den Präliminarfrieden von 2 auf 6 Wochen. Der Vorsitzende, der russische Delegierte Joffe, schloß die Versammlung mit einem Hinweis auf das Los der unglücklichen Flüchtlinge, das durch den heutigen Vertrag endlich gebessert werde. Beide Regierungen werden nunmehr in aller Kürze Kommissionen mit diplomatischen Rechten ernennen, die diese Verträge durchführen sollen.

Der Ueberfall auf Georgien

Nach einem Telegramm aus Tiflis vom 24. Februar leisteten die georgischen Truppen erfolgreichen Widerstand und warfen die Angreifer wuchtig zurück. Falls aus Moskau kein Befehl zu einem neuen, verstärkten Angriff erfolgt, kann der bolschewistische Ueberfall als gescheitert betrachtet werden.

Karl Kautsky, der vor 14 Tagen aus Georgien zurückgekehrt ist, erläßt in der „Wiener Arbeiterzeitung" einen Aufruf an das internationale Proletariat zum Schutze Georgiens.

Kessel endlich verhaftet. Nachdem das Kammergericht den Amnestiebeschluß des Landgerichts aufgehoben hat, ist der Hauptmann von Kessel im Laufe des gestrigen Tages verhaftet und in das Moabiter Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Das Verfahren soll mit größter Beschleunigung durchgeführt werden. Der Prozeß wird vor dem Schwurgericht stattfinden.

Die Vereinfachung der Reichsverwaltung. Das Reichskabinett hat die Einsetzung einer gemischten Kommission unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern, bestehend aus sechs Vertretern der Reichsregierung, sechs Vertretern des Reichsrats und sechs Vertretern des Reichstags, beschlossen, der auf Grund der geleisteten Vorarbeiten die weitere Prüfung der zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Reichsverwaltung zu ergreifenden Maßnahmen obliegen soll.

Imperialismus und internationaler Klassenkampf

Internationale Sozialistische Konferenz

Wien, 23. Februar.

Da die Mandatsprüfungskommission mit ihren Arbeiten noch nicht fertig sei, schlägt Genosse Grimm (Schweiz) vor, zuerst den zweiten Punkt der Tagesordnung, „Der Imperialismus und die soziale Revolution" zu verhandeln. Da sich kein Widerspruch ergibt, erhält

Genosse Wallhead (Manchester)

das Wort. Er führte aus:

Wenn der Imperialismus den arbeitenden Massen Groß-Britanniens keine Hebung ihrer Lage gebracht hat, so ist klar, daß auch in keinem anderen Lande der Imperialismus eine solche Wirkung ausüben kann. Wenn England, das sich am meisten Massen unterworfen hat, die Lage nicht verbessern kann, wie kann es dann ein anderes Land, das den englischen Imperialismus nachgeahmt hat.

Genosse Adler hat gestern von den Ursachen des Erfolges gesprochen. Er hat daran erinnert, daß hier in Wien die Machthaber recht eigentlich den Weltbrand begonnen haben. Aber das war doch nur der Abschluß jener diplomatischen und imperialistischen Intrigen, die dem Kriege Jahrzehnte hindurch vorausgegangen sind. Man müßte, wenn man die Ursache des Krieges ergründen will, mit dem Jahre 1881 beginnen, dem Jahre, in dem Groß-Britannien Aegypten okkupiert hat. Das war der Beginn der Raubzüge einer ganzen Reihe von Großmächten. Frankreich stürzte sich auf Nordafrika und Deutschland folgte nach. In den Jahren von 1881 bis 1903 wurden 4 Millionen Quadratmeilen imperialistisch angeeignet, verteilt über alle Kontinente der Erde. Man suchte, den Imperialismus den Arbeitern schmackhaft zu machen, indem man sagte, die Ware folge der Flagge. Die Erweiterung der Herrschaft bedeute die Erweiterung des Marktes, Prosperität Verbesserung der Lage der Arbeiter. Damit wurden die ungeheuren Ausgaben gerechtfertigt, die der Imperialismus verschlang, und in Wirklichkeit ist der Handel vom Jahre 1881 bis 1903 nur von 184 Millionen Pfund auf 232 Millionen Pfund gestiegen, während in derselben Zeit 1000 Millionen Pfund für militärische Rüstungen ausgegeben wurden, um diese geringfügige Handelssteigerung zu erreichen.

So unbedeutend die Steigerung des Handels war, so gewaltig ist das Wachstum der Kapitalsanlage im Auslande. Sie betrug 1894 144 Millionen Pfund, stieg bis 1898 auf 1080, bis 1908 auf 3050 Millionen Pfund, bis zum Jahre 1914 auf 4039 Millionen Pfund. Es ist also der englischen Kapitalistenklasse ein ungeheurer Reichtum aus ihren Besitzungen jenseits der Seen zugeflossen. Sie benutzte die Presse zur Beherrschung der öffentlichen Meinung und versuchte so, die Arbeiterklasse irrezuführen und dem Imperialismus dienstbar zu machen. Ungeheure Ausgaben wurden für Kriegsrüstungen und zur Festigung der Herrschaft der Bourgeoisie gemacht. Was die Arbeiter dabei erwartete, ersieht man daraus, daß der Durchschnittslohn für Arbeiter(innen) in England 10 Schilling die Woche beträgt. Aber das ist noch nicht alles, was über den Kapitalismus zu sagen wäre. Er bedeutet Teilung der Welt in zwei Lager, Dreibund und Entente. Er bedeutet jene ständige Verschärfung der Spannung zwischen den beiden Gruppen, die zu der Katastrophe geführt hat, in der 12 Millionen Menschen untergingen, in die noch viel breitere Massen in Not und Verzweiflung versanken. Das ist das Ergebnis des Imperialismus seit 1881.

Die Resolution von Innsbruck stellt fest, daß der Weltkrieg das kapitalistische System in seinen Grundlagen erschüttert hat. Es wird niemanden geben, der das bezweifeln wollte. Allen Völkern, die in den Krieg hineingezogen wurden, hat man gesagt, daß sie das Land verteidigen müßten. Die Independent Labour Party hat dies nicht geglaubt, sondern den Arbeitern belegt, nach dem Kriege würden sie sehen, für welche Zwecke sie mißbraucht worden wären. Heute sieht die englische Arbeiterklasse, daß sie für den Imperialismus mißbraucht worden ist. Die Independent Labour Party hat wenig Freundschaft für Lloyd George. Lloyd George sagte einmal einer Arbeiterdeputation, „nicht ein Zoll Land solle durch den Krieg erobert werden". Das habe ich geglaubt. Durch den Friedensvertrag fielen an England 4 Millionen Quadratmeilen, was sollte die englische Kapitalistenklasse auch mit einem Zoll eroberten Landes? Die britische Arbeiterklasse hat den Friedensvertrag von Versailles von Anfang an bekämpft. Er kann nicht den Frieden bringen, sondern ist eine Quelle steter neuer Kriegsgefahren. Er ist die Diktatur von Räubern für reine kapitalistische Zwecke.

Die Pflicht der Arbeiterklasse aller Länder ist es, den Friedensvertrag zu bekämpfen.

Die englischen Sozialisten sagen den Arbeitern, Deutschland habe den Krieg verloren, wir Engländer haben ihn gewonnen. In England gibt es gegenwärtig 2½ Millionen Arbeitslose. Sie sehen jetzt, daß der Krieg nicht für sie geführt worden ist.

Die Independent Labour Party ist entschlossen, den Kampf gegen den Imperialismus zu führen, den Kampf gegen den Friedensvertrag fortzusetzen und nicht zu ruhen, bis er beseitigt und Mitteleuropa den Völkern freigegeben ist, um ihr Wirtschaftsleben wiederherzustellen. Die englische Kapitalistenklasse hat nichts weiter im Sinne, als den Deutschen die letzten paar Schiffe wegzunehmen, aber während man die Deutschen beraubt, sind die englischen Werftarbeiter arbeitslos, für sie ist nichts zu tun, weil die englische Kapitalistenklasse ihrem Ausdehnungsdrang durch den Raub der deutschen Schiffe leichter und billiger frönen kann. Man hat den englischen Arbeitern gesagt, es sei ihre Aufgabe, den deutschen Militarismus zu schlagen. Das ist an sich eine gute Sache, aber damit ist den Völkern nicht gedient, wenn an die Stelle des deutschen Militarismus ein anderer tritt. Und wenn es eine böse Sache ist, wenn Europa von der militaristischen Klasse Deutschlands beherrscht wird, so ist es ebenso schlimm, wenn die Beherrschung in Zukunft ausgeübt wird von der militaristischen Herrscherklasse Frankreichs. Und wenn es ein Unglück ist, daß der deutsche Marinismus die Ozeane beherrscht, so ist es ein nicht minder geringes Unglück, wenn die Ozeane von dem englischen und japanischen Marinismus beherrscht werden. Den Arbeitern muß gesagt werden, daß der Imperialismus ihr stärkster Feind ist, daß die Bildung einer gemeinsamen Front notwendig ist zur Niederwerfung des Militarismus und Imperialismus. Wir sind stolz darauf, daß wir bei dieser Arbeit mithelfen können.

Indien ist das Juwel der englischen Krone genannt worden. Was Indien bedeutet, ist heute deutlicher zu sehen als je. Die englischen Kapitalisten legen ungeheure Mehrwertmassen, die sie aus den Arbeitern herausgepreßt haben, in Indien an. Dort aber arbeiten Hindus 64 Stunden pro Woche für einen Lohn von 5 Schilling. Man bringt die Arbeiter in Konkurrenz untereinander, es steht das Arbeitsprodukt der indischen Kulis dem Arbeitsprodukt der englischen Arbeiter gegenüber. Die Kapitalisten aber sind dieselben hüben und drüben, dieselben britischen Kapitalisten, denen die Werke in Indien und in England gehören. Der goldne Ring ist nur das Gegenstück zu den Fesseln, die den Arbeitern auferlegt werden. Tiefer herabgedrückt als je, gibt es keine andere Rettung als ihre Kräfte zu vereinigen zur Ueberwindung des Imperialismus und zur Herbeiführung des Sozialismus. (Brausender Beifall.)

Crispien (Berlin) schlägt vor, zunächst eine Generaldiskussion eintreten zu lassen, damit auch die kleineren Länder Gelegenheit bekommen, sich zu den Grundlinien sowohl wie zu dem Referate zu äußern. Dann möge die Kommission weiterberaten.

Bracke (Paris) entgegnet, es sei besser, die Generaldebatte in die Kommission zu verlegen. Stellen sich dort keine Meinungsverschiedenheiten heraus, so sei es auch kein Unglück.

Nach weiterer kurzer Diskussion wird die Sitzung vertagt.

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Nach Wiedereröffnung teilt Genosse Friedrich Adler (Wien) mit: Die Mandatsprüfungskommission habe die Delegationen der Länder Deutschland, England, Frankreich, Jugoslawien, Lettland, Deutschösterreich, Rußland, Schweiz, der Deutschen Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei anerkannt, und schlage vor, im Plenum ohne Diskussion der Zulassung zuzustimmen. Bezüglich der Paole Zion hat die Mandatsprüfungskommission nach eingehender Aussprache beschlossen, auch deren Delegation zuzulassen, aber das Exekutivkomitee zu beauftragen, die Frage der Zulassung zu prüfen und der nächsten Konferenz erneut Bericht darüber zu erstatten. Die Paole Zion hat sich bekanntlich zu einem Weltverband konstituiert.

Der Mandatsprüfungskommission lagen eine Reihe von Ansuchen um Zulassung vor. Da sind zunächst die Weitherzigen in Bulgarien durch 3 Gäste vertreten. Es wurde festgestellt, daß diese Partei die 2. Internationale verlassen hat und auf ihrem letzten Parteitage eine Erklärung abgab, daß sie auf dem Boden der Berner Beschlüsse stehe. Die Mandatsprüfungskommission schlägt vor, die 3 Vertreter als Gäste teilnehmen zu lassen und der Partei Gelegenheit zu geben, zu den Beschlüssen der Wiener Konferenz auf dem nächsten Parteitage Stellung zu nehmen. Die anwesenden Vertreter der Partei erklärten, daß sie sich den Willen nicht nehmen lassen werden, an dem Zusammenschluß der Arbeiter der ganzen Welt teilzunehmen. Das Ansuchen um Anerkennung der Delegation von Littauen wurde anerkannt. Ein weiteres Ansuchen ging von Ungarn aus. In Ungarn gibt es keine Parteiorganisation, mit der man in Fühlung sein könnte. Weder die Kommunisten noch die Sozialdemokraten, die auf unserem Boden stehen, sind in der Lage, sich auf eine Organisation stützen zu können. Die ungarische sozialdemokratische Partei, die, wenn auch unter sehr erschwerten Umständen versucht hat, sich zu erhalten, kann für uns in keiner Weise in Betracht kommen. Nur jene Gruppen, die von Emigranten begründet und sich um die Person des Genossen Kunfi scharen, könnten als ungarische Delegation zugelassen werden. Die Mandatsprüfungskommission macht den Vorschlag, mit der definitiven Entscheidung über die Zulassung der Parteien in dem einstigen Oesterreich-Ungarn, von denen einzelne Sprachengruppen zu Polen, andere zur Tschecho-Slowakei gehören, so lange zu warten, bis diese Parteisplitter Gelegenheit haben, sich in Verbindung zu setzen mit Organisationen des Landes, zu dem sie gekommen sind. Die anwesenden Vertreter dieser Gruppen sollen jedoch als Gäste anwesend sein. Weiter hat um Zulassung ersucht die sozialistische Partei Griechenlands, die Partei Argentiniens erklärt, daß sie den Anschluß begrüßen würde.

Weiter hat sich die Mandatsprüfungskommission mit der Stimmzumessung an die einzelnen Länder beschäftigt. Sie ist zu dem Entschluß gekommen, daß, da die kleinen Länder bei dem Vorschlage eines Stimmenmaximums von acht Stimmen nicht jene Entfaltung erfahren können, die wünschenswert ist, das Maximum auf zehn Stimmen festzusetzen. Nach dem Vorschlage der Mandatsprüfungskommission sollen erhalten: Deutschland, England und Frankreich je zehn Stimmen, die Schweiz sieben Stimmen, Jugoslawien, Rumänien und die Tschecho-Slowakei fünf Stimmen, Oesterreich-Ungarn und Rußland acht Stimmen, Lettland vier Stimmen, Ungarn zwei Stimmen, Paole Zion zwei Stimmen, Littauen eine Stimme. Die Mandatsprüfungskommission hat sich erneut mit der Prüfung der Zusammensetzung der einzelnen Delegationen beschäftigt und festgestellt, daß die Parteien, die zugelassen sind, nicht nur aus der zweiten Internationale ausgetreten sind, sondern die Delegierten selbst auf dem Standpunkt stehen, an keiner Veranstaltung von der zweiten Internationale teilnehmen zu können. Alle Delegierten stehen auf dem Boden der in dem Aufruf der Berner Vorkonferenz vom 7. Dezember 1920 festgelegten Grundsätze. Aus Amerika ging die Nachricht ein, daß man von einer Delegation habe Abstand nehmen müssen wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit. Die Mandatsprüfungskommission schlägt vor, ihren Beschlüssen beizutreten. Da sich kein Widerspruch dagegen erhebt, ist demgemäß beschlossen.

Ledebour weist nunmehr darauf hin, daß jetzt die Kommission zur weiteren Vorbereitung der Richtlinien zum zweiten Tagesordnungspunkte gewählt werden könne. Er macht den Vorschlag, daß in dieser Kommission alle Länder, die einen Anspruch auf mehr als fünf Stimmen bei den Konferenzen haben, zwei Sitze in der Kommission haben sollen, den übrigen Organisationen jedoch einen Vertreter zuzuweisen. Selbstverständlich ist Mitglied der Kommission der Referent und die übrigen Mitglieder der Zentralkommission. Auch dieser Vorschlag wird ohne Widerspruch angenommen.

In die Kommission werden gewählt: für die U.S.P.D. Zietz und Hilferding, für die Parti Socialiste (Frankreich) Longuet und Renaudel, für die Independent Labour Party (England) Buxton und Hadson, für die sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutsch-Oesterreichs Bauer und Ellenbogen, für die Sozialdemokratische Partei Jugoslawien Kristan, für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands Kalnin, für die Paole Zion Rubaschow, für die Föderation sozialistischer Parteien (Rumänien) Voinea, für die Schweiz Naine und Nobs, für die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei der Tschecho-Slowakei Czermak, für Littauen Schreiber, für Ungarn Kunfi.

Friedrich Adler (Wien) ergänzt seine Ausführungen dahin, die Jugoslawische Delegation, die bisher aus drei Teilen bestanden hat, habe sich zu einer einheitlichen Delegation zusammengeschlossen und den Genossen Kristan als Vorsitzenden gewählt. Weiter habe er die Mitteilung zu machen, daß der Genosse Schreider von der linken S. R. (Rußland) eine ähnliche Erklärung abgegeben habe.

Nach Erledigung einiger Geschäftsordnungsangelegenheiten wird die Sitzung auf Nachmittag vertagt.

Nach Wiedereröffnung erhält

Friedrich Adler (Wien)

das Wort zu seinem Referat über „Methoden und Organisation des Klassenkampfes". Wir geben aus seinen Ausführungen folgendes wieder:

Das Problem der Organisation kann nur behandelt werden im Zusammenhang mit der Lage des gesamten Proletariats. Ich will mich nicht auseinandersetzen mit jenen Kreisen, die den Krieg mitgemacht haben an der Seite der herrschenden Klassen, sondern mich beschäftigen mit den Gegensätzen, die darin ihren Ausdruck finden, daß ein Teil der Arbeiter auf dem Standpunkt des naiven Pazifismus steht und der andere sich zu einer Gewalttheorie bekennt. Der naive Pazifismus hat auf der anderen Seite eine übertriebene Betonung des Systems der Machtpolitik gefunden. Die Kommunisten haben wie wir den Krieg während des Krieges bekämpft, während sie jetzt die Auffassung vertreten, die Arbeiterschaft habe nur durch das Fegefeuer des Krieges in den Himmel des Kommunismus kommen können. Wir unterscheiden uns darin, daß sich die Kommunisten damit begnügen, daß sie sagen, wir können die Herrschaft in einem Lande der Niederlage ergreifen wie in Rußland, wir dagegen die Auffassung vertreten, die Revolution kann nur siegreich sein, wenn sie uns die Herrschaft über die industriereichsten Länder gibt. Unsere Differenzen sind bestimmt in den Differenzen über die Einschätzung der gegenwärtigen Situation. Wenn jemand vor zwei Jahren der Ueberzeugung war, daß heute schon längst die soziale Revolution in der ganzen Welt gesiegt haben würde, so haben wir diese Auffassung nicht geteilt und unsere Politik darauf einrichten müssen, daß wir die Arbeiter nicht in ein noch größeres Elend hineinbringen, als es so bereits geschehen ist. Die Frage über die Methoden des Klassenkampfes steht nicht so primitiv, wie sie in Moskau betrachtet wird. Wir müssen die Internationale ganz anders in den Vordergrund rücken und von ihr ganz anderes erwarten, als es in Moskau geschieht. In Moskau ist die Internationale so ein Mittel, die Parteien auseinanderzuschlagen. Für uns handelt es sich darum, die Kräfte zu sammeln, kampffähig zu machen, die internationale Aktion zu verwirklichen. Das Problem ist nicht so primitiv, daß es in dem Schlagwort „Demokratie" oder „Diktatur" abgetan werden könnte. Mit dem Wort „Rätesystem" allein kann man noch keineswegs die revolutionäre Situation beleuchten. Uns genügt es nicht, uns auf die Phrase zu beschränken: Wir bekennen uns zur Diktatur des Proletariats. Für uns handelt es sich um das Herausarbeiten der verschiedenen Möglichkeiten, vor denen das Proletariat der verschiedenen Länder stehen kann. Es muß klargemacht werden, daß wir nicht die Arbeiter aller Länder verpflichten wollen auf ein Schlagwort, sondern verpflichten wollen auf eine historische Erkenntnis. Wir müssen ebenso entfernt sein von dem naiven Glauben an die Demokratie als Allheilmittel, wie von dem blinden Glauben an die Diktatur als die einzige Möglichkeit. Es gibt verschiedene Länder, in denen der Bourgeoisie Waffen gegen die Arbeiter in die Hand gespielt worden sind dadurch, daß man sich plötzlich prinzipiell zur Diktatur bekannte und die demokratischen Möglichkeiten nicht ausnutzte. Wir sind der Meinung, daß wir dem Proletariat sagen sollen,

ihr müßt alle Möglichkeiten im Auge halten,

ihr dürft euch nicht sektiererisch auf das eine oder das andere Schlagwort festlegen. Die Frage „Demokratie oder Diktatur" ist eine Frage, die nicht entschieden werden kann durch ein Prinzip, sondern eine Frage, deren Beantwortung bedingt ist durch die historische Situation, nicht einmal bedingt ist durch den Willen des Proletariats, sondern durch die Verhältnisse, unter denen das Proletariat den Kampf zu führen hat. Wir in Oesterreich hatten durch zwei Jahre fortwährend die Möglichkeit, die Herrschaft des Proletariats in jeder Form, die wir wünschenswert hielten, zu etablieren. Wir sind trotz der verlockenden Momente standhaft geblieben. Wir waren uns klar darüber, daß die Möglichkeit der Machterhaltung nicht gegeben ist durch die Machtverhältnisse eines Landes, sondern durch die Machtverhältnisse der ganzen Welt. Deshalb haben wir ein doppelt starkes Bedürfnis nach einer weitgefaßten internationalen Organisation. Wir haben am eigenen Leibe erfahren, daß wir allein nichts sind, daß die Frage des Sieges des Proletariats eine Weltfrage ist.

Wie ist die Internationale aufzubauen, was haben wir für die Internationale zu leisten? Eine Internationale hat nur dann Wert, wenn die Beschlüsse bindend für die einzelnen Mitglieder sind. Es war ein Hauptmangel der zweiten Internationale, daß es dort anders war. Die Internationale der Zukunft muß eine Internationale sein, in der, wenn etwas beschlossen ist, die einzelnen Mitglieder gezwungen sind, diesem Beschlusse ihre taktischen Maßnahmen anzupassen. So wird es möglich, einen weiten internationalen Boden zu schaffen für die internationale Aktion. Je kleiner der Kreis ist, der die Uebereinkünfte zu schließen hat, desto leichter ist es, den Uebereinkünften gemäß zu handeln. Die zweite Internationale hat vor allem darauf gesehen, die Arbeiter aller Länder zu umfassen, den organisatorischen Apparat auszubauen. Die Moskauer Internationale verfällt in das umgekehrte Extrem. Sie legt den größten Wert darauf, die Bedingungen für die internationale Aktion möglichst weit zu ziehen. Das muß dazu führen, daß die Zahl der in einer solchen Internationale Vereinigten sehr gering ist. In Oesterreich sind es, wie die Arbeiterratswahlen ergeben haben, ganze 3 Prozent, die zu Moskau gehören. Sie parieren den Befehlen prompt, aber die Wirkung ist trotzdem rein negativ. Die Schwierigkeiten bestehen darin, daß einesteils eine Internationale eine möglichst große Zahl von Ländern und Mitgliedern umfassen soll, andererseits aber auch die Bedingungen für die internationale Aktion möglichst weit gezogen werden sollen.

Heute gibt es keine Internationale,

sondern nur internationale Parteiverbände. Diese Lage zwingt uns, zunächst eine Zentralisation der Parteien vorzunehmen, die sich die Verwirklichung einer aktionsfähigen Internationale als Ziel gesetzt haben, die aber entfernt sind von dem opportunistischen Reformismus sowohl wie von der Meinung, man könnte alles nach der Schablone, die von Moskau verschickt werde, unter jeder Bedingung zu jeder Zeit verwirklichen. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, eine internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien zu konstituieren. Nichts hat den internationalen Zusammenschluß so sehr geschädigt, als daß die einzelnen Parteien nach Moskau bitten gegangen sind, aufgenommen zu werden. Wir haben das Recht, in der Internationale als Gleiche unter Gleichen betrachtet zu werden und nicht den Beschlüssen einer Diktatur unterstellt zu werden, sondern wir wollen mitwirken an den Beschlüssen, für die wir unsere ganze Kraft und unser Leben einzusetzen haben. (Lebhafter Beifall.) Wir können wahrnehmen, daß ein ganz konsequenter Kampf gegen Leute geführt wird, an deren moralischer Ehrlichkeit und deren gutem Willen, als Revolutionäre zu wirken, nicht gezweifelt werden kann, daß man sich zu gleicher Zeit aber mit sehr merkwürdigen Leuten an einen Tisch setzt, die sich dienstwillig erwiesen, Leute, die sich aber im Kriege zu den Kriegsenthusiasten gesellt haben. Wir können schon sagen, wenn man so oft hier über die Konferenz und die Personen gehöhnt hat, so können wir alle wohl dem Vergleiche standhalten mit allen jenen Leuten, die heute in der 3. Internationale an der Spitze stehen. (Lebhafter Beifall.)

(Schluß der Rede Adlers folgt im nächsten Bericht.)

Ausschneiden!

Drucksache

An die

Hauptexpedition der „Freiheit"

Berlin C 2

Breite Straße 8-9

fesche, preiswerte

Frühjahrs-Bekleidung

Der aparte Mantel
aus primal reinwoll. Affenhaut in hübschen mittelfarbig. Karos, sehr fesch verarb., seltene Gelegenheit, nur **295.-**

Das vornehme jugendliche Kleid
aus bestem reinwoll. Poppeline in lebhaft. Farben, m. reizvoll. hübsch. Handarbeit am Gürtel usw., offen u. geschloss. zu tragen, nur **295.-**

Das leistungsfähige Damen-Konfektions-Haus

Siegmund Eisenstaedt

Im Osten: Frankfurter Allee 72 — Nähe Ringbahnhof

Im Westen: Hauptstraße 154 — Nähe Potsdamer Straße

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 Uhr: Zum 1. Male
Kapitän Brassbounds Bekehrung

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68
7½ Uhr: Der Parasit

Staatstheater.
Opernhaus
6 Uhr:
Margarete
Schauspielhaus
7 Uhr: König Richard III.

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7½ U.: Die Jungfrau von Orleans

Kammerspiele
7 Uhr: Jenseits

Großes Schauspielhaus
Kerlikrofe
7 Uhr: Florian Geyer
(Außer Abonnement)

Theater am Nollendorfplatz
8¼ Uhr: Wilhelm Tell
7 Uhr:
Wenn Liebe erwacht...
Sonntag nachmittag: Eva

Kleines Theater Unter den Linden 44
Täglich 7½ Uhr:
Casanovas Sohn
Stg. ½4: Die Pfarrhauskomödie

Komische Oper
Allabendlich 7½ Uhr:
Liebe im Schnee

Lessing-Theater
Direkt. Victor Barnowsky
Heute bis Montag
7½ U. Ein idealer Gatte
(Derlioux, Gh'z, Loos)
Dienstag 7½: Zum 25. Male:
Ein idealer Gatte
(Derlioux, Götz, Loos)

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Scheidungsreise
(Max Adalbert, Truse Hesterberg)

Theater i. d. Königgrätzer Str.:
8 Uhr: Salome
Sonntag: Salome
Montag: Jekal riss Iwanowna

Komödienhaus: Das weiße Lämmchen
½8 Uhr:
mit Max Pallenberg

Berliner Theater:
Die spanische Nachtigall
½8 Uhr mit Fritzi Massary
(Wahlmann, Emma Sturm, Roberts, Jenkahn)

Thalia-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Mascottchen

Trianon-Theater
Täglich 8 Uhr:
Die Gesellschaft des Abbé Chateauneuf
(Leopoldine Konstantin, Ilka Grüning, Hansi Burg, Herm. Gallestin, Julius Falkenstein)
Hierauf: Abschieds-Soupée
Sonntag, 4 Uhr, halbe Preise:
Die Raschhoffs

Residenz-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Lady Windermeres Fächer
von Oscar Wilde
(Arnstädt, Sandrock, Totte, Korff, Falkenstein, Osw. Manetoni)
Sonntag 4 Uhr, halbe Preise:
Die Freundin

Rose-Theater
7½ Uhr:
Dr. Klaus

Königstadt-Theater
Alexanderstr. 21 Bhf. Jannowitzb.
Täglich 7.30 U.: Gala-Sänger

½8 **Casino-Theater** ½8
Der Großfürst
Sonntag 3½: Eine flotte Ehe

½8 **Folies Caprice** ½8
(am Oranienburger Tor)
Revuekultur
mit Ferd. Grünecker.

Hessische Straße 34.
Allabendlich 7½ Uhr
Der lustige Spielplan

7½ Apollotheater 7½
Sensations-Ausstattungsschau
Madame Dubarry's
Liebesleben
mit der weltberühmten
Cabaret

Theater a. Kottbuser Tor.
Kottbuser Straße 6-7.
Tägl. 7½ u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Eis-Sänger
Zum Schluß „Der Kriegsgewinner."
Nachm. halbe Pr.
Vorv. 11-1½ u. 4-6 u. A. Tageskasse u.
Leipz. Str. 17 (Nähe Friedrichstraße)

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Ab Sonnabend täglich:
Ein Strandfest
in Swinemünde
Nur für die ältere Jugend
Sonnabends geschlossen

Neue Welt
ARNOLD SCHOLZ
Hasenheide 108—114
Heute
Sonnabend, 26. Februar
Gr. Apenball
Einlaß 5 Uhr / Anfang 6 Uhr
6 Kapellen 30 bayr. Mädl

SCALA
LUTHERSTRASSE
DIE VARIÉTÉ-BÜHNE
7.30

Zur Jugendweihe
Glückwunsch-Karten
Einladungs-Karten
Geschenkwerke
für die schulentlassene Jugend mit gediegenem Inhalt in wirklich vornehmer Ausstattung
*
Buchhandlung
„Freiheit"
Berlin C. 2,
Breite Str. 8-9

Pianos * Stutzflügel
gibt Beamten und sein. Käufern gegen
bequeme Zahlweise
Große Auswahl in Gelegenheitskäufen
Steinway, Bechstein, Blüthner usw.
in bekannt erstklassiger Ausführung
Max Adam
Unter den Linden 15
Münzstraße 16
Potsdamer Straße 59

Spezial-Arzt Dr. Jaffé für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Blutuntersuchungen, spez. chron. Harnleid. u. Unreinheiten, Lichtbehandlg. in der Heilanst. „Lüser", nahe Alexanderplatz. Dir. O. Löser, Münzstr. 9. 9-1, 4-8, Sonntags 9-1. Damen separat

Wanzen
Erhältlich in Apotheken und Drogerien.
Apotheker Otto Pfeiffer & Pichler, Berlin N 65, Schulstraße 16.
Motten, Flöhe, Kopf- und Körperläuse, Schwaben werden radikal vernichtet durch
Pfeifferol

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonntag, den 27. Februar 1921, vormittags 9 Uhr
im Lokal von Wollschläger, Adalbertstr. 21

Branchenversammlung
der Drahtarbeiter Groß-Berlins
Tagesordnung:
Das Ergebnis der Verhandlung mit den Unternehmern.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Montag, den 28. Februar 1921, abends 7 Uhr

Branchenversammlung
der Eisenkonstrukteure, Fahrstuhl- u. Signalbaumonteure
in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31
Tagesordnung:
1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Branchenkommission. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.
Die Ortsverwaltung.

Säle für Versammlungen, 50—200 Personen. Gute Verpflegung in Hackescher Hof, Rosenthaler Str. 40/41 in Norden 3215

Möbel Ausverkauf wegen Räumung
zu selten billigen Preisen
auch auf Kredit
bei kleinster An- und Abzahlung
Lieferung frei Haus — Lieferung auch auswärts.
Möbel-Groß
Große Frankfurter Straße 141
Invalidenstr. 5, Eingang Ackerstr.

Spezial-Arzt Dr. Sholtz für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Ausflüsse, Ausschlag, Mannesschwäche, Syphilis-Kuren, spez. m. Salvarsan. Blutuntersuchungen. Damen sep.
Dir.: A. Löser sen. Im Institut „Löser" geöffnet
Nur Rosenthalerstr. 69-70 9—1, 4—8. Stg. 9—1. Rosenthaler Platz.

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung

„Freiheit"

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit der wöchentlich einmal erscheinenden
illustrierten Unterhaltungsbeilage „Freie Welt"

zum Preise von Mk. 10.— monatl., Mk. 5.— halbmonatl.
bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____

Ort: _____ Straße: _____ Nr. _____
(Genau deutlich schreiben, Straße genau ausführen: Vorn., Hof, Stiff., Durchgh.)

Diesen Bestellschein bitten wir an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Straße 8-9, einzusenden.

Der Verlag.

Soeben erschienen!
Heft 31/32 der Kleinen Bibliothek der Russischen Korrespondenz:

KARL RADEK

Das 3. Jahr des Kampfes der Sowjet-Republik gegen das Weltkapital

Aus dem Inhalte:
Die Niederlage Kolischaks, Judenitschs und Denikins / Die Verhandlungen mit England / Der Krieg mit Polen / Der Waffenstillstand in Riga und die Niederlage Wrangels / Die Bilanz der Entente-Politik / Der Churchill-Hoffmannsche Plan einer allgemeinen Offensive gegen Sowjet-Rußland / Die Aussichten der Revolution in Mitteleuropa und im nahen Osten / Die Friedensverhandlungen in London

Preis 1.00 Mark

Zu beziehen durch Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig

Neu!
Soeben erschienen!

Soeben erschienen!
Neu!

Groß-Berlin

Zur Lage der Straßenbahn

Die durch die Ablehnung der Tariferhöhung gestaltete Lage ist eine wenig angenehme. Das jahrende Publikum wird sich freuen, zunächst noch für 80 Pfennig fahren zu können. Aber es handelt sich dabei nur um eine Galgenfrist. Jeder vernünftige Mensch wird sich sagen, daß es unmöglich ist, einen Betrieb fortzuführen, der täglich 400 000 Mark Defizit macht. Einige Wochen so weiter gewirtschaftet, bedeutet entweder den Bankerott, oder das Publikum muß in einigen Wochen einen Fahrpreis von 1,50 Mark und mehr zahlen. Die Gegner der Kommunalwirtschaft wollen die Unwirtschaftlichkeit der Kommunalwirtschaft dartun, und deshalb haben sie die Erhöhung des Tarifes abgelehnt, obwohl sie eine Erhöhung anerkannt haben. Wenn nicht schleunigst der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung von gestern revidiert wird, und neue Einnahmen geschaffen werden, müßte zur Erhaltung des Unternehmens zu umfangreichen Ausgabeneinschränkungen gegriffen werden. Diese werden auf neue Betriebseinschränkung hinauslaufen. Man geht mit dem Plan um, etwa 3000 bis 4000 Arbeiter und Angestellte zu entlassen. Sie können sich bei den Kommunisten bedanken, die neue Einnahmen abgelehnt haben. Schon ist unter den Angestellten eine große Unruhe über diese Aussicht entstanden. Es ist auch keine Kleinigkeit, in der heutigen Zeit der großen Arbeitslosigkeit neue Entlassungen vorzunehmen, aber es ist andererseits auch klar, daß das Personal nicht bezahlt werden kann, wenn die Einnahmen dazu nicht ausreichen. Wiederum laufen bürgerliche Zeitungen Sturm gegen die Lohnpolitik der Stadt Berlin, die eine zu günstige sei, und sie verlangen eine entschiedene Rückwärtsrevidierung. In einer solchen Zeit versagen die Kommunisten und sabotieren die Kommunalwirtschaft, denn nichts anderes bedeutet ihr Verhalten in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung. Sie täuschen die Massen, indem sie Anträge stellen, den Tarif herabzusetzen, obwohl sie wissen, daß dann das Ende der Straßenbahn beschleunigt werden würde. Genützt wird durch eine solche Politik niemanden, denn die Straßenbahn ist für die breiten Massen unentbehrlich. Wenn die bürgerlichen Parteien die Kommunalwirtschaft beseitigen wollen, wird man von ihrem privatkapitalistischen Standpunkt das verstehen, nicht aber von Leuten, die vorgeben, dem Privatkapital die Profitmöglichkeiten zu entziehen.

Die juristische Sprechstunde

findet am Montag, den 28. Februar und Dienstag, den 1. März von ½6 bis ½8 Uhr abends statt.

Die neuen Lohnsätze der städtischen Arbeiter, Angestellten und der Hilfskräfte

Unter den städtischen Arbeitern, Angestellten und Hilfskräften herrscht Ungewißheit darüber, wann sie in den Genuß der ihnen durch Schiedsspruch zugebilligten höheren Bezüge kommen. Dazu sei bemerkt, daß zunächst noch eine Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung erforderlich ist. Von den mit der Ausarbeitung der Vorlage Beauftragten war die Angelegenheit nicht soweit gefördert worden, daß sie zur Verabschiedung in der letzten Stadtverordneten-Versammlung vollkommen reif war.

Den Kommunisten ging die Entscheidung noch nicht weit genug, obwohl sie die Deckung dauernd ablehnen. Die bürgerlichen Parteien wollten auch ihrerseits in eine genaue Prüfung eintreten, zumal gestern in letzter Stunde mit Schreibmaschine hergestellte Exemplare der Vorlage auf den Plätzen der Stadtverordneten-Versammlung lagen. Aus diesem Grunde führte eine Vorbesprechung der Fraktionsvorstände vor der Stadtverordneten-Versammlung zu dem Ergebnis, die Angelegenheit zur Beschleunigung der Sache sofort an einen Ausschuß zu verweisen, der am kommenden Dienstag Bericht erstatten soll.

Schon macht die bürgerliche Presse gegen die neuen Lohnsätze mobil, weil ihre Genehmigung der Bevölkerung neue Lasten auferlegt. Der Magistrat will nämlich die Bewilligung der neuen Sätze mit der Deckungsfrage verbinden. Er sagt deshalb in der Vorlage:

„Die durch die Annahme des Schiedsspruches sich ergebenden, auf die Arbeiter entfallenden Mehrkosten belaufen sich auf etwa 92½ Millionen Mark jährlich. Für die nicht dauernd Angestellten ergibt sich eine jährliche Mehrausgabe von 28½ Millionen Mark, zusammen also etwa 121 Millionen Mark jährlich. Die schwebende Schuld des laufenden Rechnungsjahres erhöht sich durch die Nachzahlung um weitere 50 Millionen Mark, welche ungedeckt bleiben.

Zur Deckung der vom 1. April 1921 ab entstehenden Mehrkosten ist eine weitere Erhöhung der Werktarife in Aussicht genommen, und zwar wird vorgeschlagen, den Preis für 1 Kubikmeter Gas um 10 Pfennig, 1 Kilowatt-Stunde Lichtstrom um 50 Pfennig und 1 Kilowatt-Stunde Kraftstrom für Kleinabnehmer um 20 Pfennig zu erhöhen.“

Oberstadtschulrat Paulsen hat gestern sein Amt angetreten und wird seine Sprechstunden ab Montag und Donnerstag von 1 bis 2 Uhr nachmittags im Berliner Rathause, 2 Treppen, Zimmer 69, halten. Er wird bis auf weiteres vertreten für die Angelegenheiten der Volks- und Mittelschulen durch Kreisschulrat Dr. Dickhoff. (Sprechstunde: Montag, Dienstag und Donnerstag von 12—1½ Uhr nachmittags im Berliner Rathause, Zimmer 69.) Für die Angelegenheiten der höheren Schulen durch Kreisschulrat Dr. Starck (Sprechstunde: Montag, Dienstag und Donnerstag von 12—1½ Uhr nachmittags im Berliner Rathaus, Zimmer 95). Abgesehen von besonders dringenden Fällen werden dieselben Kreisschulräte dem Oberstadtschulrat mit Rücksicht auf die Fülle der von ihm zunächst übernommenen Arbeiten während ihrer obigen Sprechstunden vertreten.

Mit der Wahl des Stadtkämmerers beschäftigte sich gestern der zu diesem Zwecke eingesetzte Ausschuß. Nach der Berichterstattung über die eingegangenen Bewerbungen wurde beschlossen, den Fraktionen die Wahl des Stadtrats Karding aus Flensburg zu empfehlen.

Die Wahlen für die Bezirksämter werden, wie wir hören, vom Magistrat dem Oberpräsidenten zur Bestätigung eingereicht. Es wird in jedem einzelnen Falle geprüft, ob die Gewählten bestimmte Voraussetzungen erfüllen, ob sie entweder längere Zeit im Verwaltungsdienst tätig gewesen sind, oder ob sie durch Betätigung in der kommunalen Verwaltung bestimmte Vorkenntnisse mitbringen oder endlich, ob sie ihrer sonstigen Laufbahn entsprechend sich für den kommunalen Dienst qualifizieren. Soweit wir Personenkenntnis besitzen, dürften die Gewählten den gestellten Anforderungen entsprechen.

Einrichtung einer Entlausungsanstalt in der Badeanstalt Wallstraße 30. Die Stadt Berlin besitzt zur Zeit nur eine Entlausungsanstalt in der Fröbelstraße (Obdach), welche für den Gesamtbedarf der Berliner Bevölkerung bei weitem nicht mehr ausreicht. Im Interesse der öffentlichen Gesundheit und zur Verhütung einer Seuchengefahr hat der Magistrat daher beschlossen, auch für den Süden und Südosten Berlins eine neue Entlausungsanstalt zu schaffen. Hierfür ist die Brausebadeanstalt an der Wallstraße in Aussicht genommen worden, welche nach Lage und Einrichtung für den beabsichtigten Zweck durchaus geeignet ist. Durch einen neu zu schaffenden Zugang an der Wallstraße erreichen zu entlausende Personen den Auskleideraum. Die vorhandenen Wannenbadezellen sollen hier ebenso wie auf der gegenüberliegenden Seite — dem neuen Ankleideraum — entfernt und die Wannen- und Rohranlagen abmontiert werden. Im Auskleideraum wird durch Einziehen von Rabitzwänden ein besonderer Raum geschaffen, in welchem die Entlausung der Bekleidungsstücke durch Heißluft von 80—100 Grad erfolgt. Die Heißluft soll durch eiserne Oefen, welche in dem Raum Aufstellung finden, erzeugt werden. Nachdem die Personen ihre Kleidung abgegeben haben, reinigen sie sich in dem in der Mitte gelegenen Brauseraum, nehmen in dem Ankleideraum ihre Kleider in Empfang und verlassen die Anstalt durch den vorhandenen Hauptausgang. Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung ersucht, hierfür die erforderlichen Mittel zu bewilligen.

Der Mord in der Petersburger Straße. Das Dunkel, das zunächst über der Person des Ermordeten und den Beweggrund des Mörders lag, beginnt sich mehr und mehr zu klären. Die Kriminalpolizei hat festgestellt, daß der Ermordete nicht der ist, der er nach seinen Ausweispapieren zu sein schien. Es scheint nach neueren Ermittelungen, daß er Hermann Weißblum heißt und aus einer wohlhabenden Familie in Lodz stammt. Auch die Agenten und Unteragenten, die für ihn tätig waren, haben wohl alle falsche Namen geführt. Ein Mann, der sich für seinen Vetter ausgab und Kempner nannte, wurde als ein gewisser Rosenthal festgestellt. Daß es sich bei der Tat um eine politische Rache handelt, steht außer Zweifel. Man hatte den Agenten im Verdacht, daß er wenigstens die Absicht gehabt habe, Verrat zu üben, um von beiden Seiten Geld herauszuschlagen. Daß er das Geld, das er für die Agitation erhielt, dazu benutzte, um in allerlei Lokalen ein richtiges Schlemmerleben zu führen, haben wir bereits erwähnt. „Körner“ fühlte sich besonders in der letzten Zeit stark verfolgt und bedroht. So bekundet ein Zeuge einen Vorfall vom Hackeschen Markt, der darauf schließen läßt. Dort erblickte „Körner“ vier Männer, in denen er Verfolger erkannte. Erschrocken und angstvoll bat er den Zeugen, ihn zu retten, vor ihm herzugehen, so daß die vier Männer ihn nicht sehen könnten. Er fügte hinzu, daß er jetzt nicht mehr in seine Wohnung zurückkehren könne. Woher der Dolch stammt, das Mordwerkzeug, das der Täter auf der Flucht zurückließ, ob der Mörder ihn von anderswoher mitgebracht oder in Berlin gekauft hat, ließ sich noch nicht feststellen. Es handelt sich um einen langen, im Griff feststehenden Dolch, wie er im Weltkrieg auch im Felde von vielen Soldaten und Offizieren als Ersatz für das größere und schwerere Seitengewehr getragen wurde. Nach dem Gutachten des Gerichtsarztes Prof. Dr. Strauch, der die Leiche am Tatorte untersuchte, hat der Mörder mit diesem langen Dolchmesser mit furchtbarer Gewalt blindwütig achtmal zugestoßen. Die Herkunft des Hutes des Mörders ist auch noch nicht festgestellt. Alle weiteren Angaben zur Aufklärung des Verbrechens erbitten die Kriminalkommissare Boele und Dr. Schuppe unter Hinweis auf die Belohnung von 3000 M. nach Zimmer 51a des Berliner Polizeipräsidiums.

Ortslohn und Erwerbslosenunterstützung. In der Tagespresse ist darauf hingewiesen worden, daß die Erhöhung des Ortslohnes, die mit Wirkung vom 1. März ds. Js in Kraft tritt, auch eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung herbeiführen müsse. Diese Auffassung ist unzutreffend. Das Reichsarbeitsministerium hat bei der Erhöhung der Unterstützungssätze für die Dauer des Winters ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine Bewilligung gemäß § 9 Abs. 6 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge (d. h. Erhöhung der Unterstützungshöchstsätze bis zum Betrage des Ortslohns) nur noch in besonderen Ausnahmefällen in Frage kommen könne. Die Heraufsetzung des Ortslohns hat also eine Erhöhung der Unterstützung nicht zur Folge.

600 Mark Stempel für eine Einbürgerung. Die Stempelgebühr für eine Einbürgerungsurkunde ist für die Zeit bis zum 31. März 1922 auf 600 M. festgesetzt worden. Bisher betrug die Stempelgebühr 150 M.

Den Tod auf den Schienen hat der 30 Jahre alte Arbeiter Lachs gefunden. Er wurde in der Freitagnacht unter der Hertabrücke in Neukölln tot aufgefunden. Ob ein Unfall oder Selbstmord vorliegt, bedarf noch der Aufklärung.

Schwere Unfälle. Der 42jährige Dachdecker Karl Richter aus der Naumerstraße 8 stürzte gestern bei Arbeiten auf dem Dache eines Hauses in Dahlem in die Tiefe und war auf der Stelle tot.

4. Distrikt. Besichtigung der Verbrennungsanlage des Krematoriums Baumschulenweg, Kiefholzstraße, mit vorangehender Feier, Orgelspiel, Köhlersches Männerquartett, Verein der Freidenker. Besichtigungszeit: Sonntag, den 27. Februar, 9 Uhr, 10½ Uhr, 12 Uhr. Eintritt 1 M. Der Besuch ist jedem, der sich für Feuerbestattung interessiert, sehr zu empfehlen.

Oberschlesier!

1. die nach dem 1. 10. 1920 ins Reich verzogen.
2. die nur vorübergehend sich außerhalb Oberschlesiens aufhalten.

Ihr braucht Passierscheine!

1. In Oberschlesien geborene und dort **bis 1. Oktober 1920 wohnhaft** gewesene Stimmberechtigte **(Kategorie A)** und außerhalb Oberschlesiens geborene Abstimmungsberechtigte, die seit dem 1. Januar 1904 oder seit einem früheren Zeitpunkt **bis 1. Oktober 1920 dort ununterbrochen gewohnt haben** und **nach dem 1. Oktober 1920 aus dem Abstimmungsgebiete verzogen sind (Kategorie C).**
2. **alle Stimmberechtigten der Kategorie A,** die noch heute im Abstimmungsgebiet ihren ständigen Wohnsitz haben, **z. Zt. aber sich außerhalb des Abstimmungsgebietes aufhalten** (z. B. Studierende, Geschäftsreisende, Saisonarbeiter usw.), **müssen zur Einreise zur Abstimmung Passierscheine haben,** die zugleich als Stimmkarte dienen. Diese Passierscheine werden nur auf schriftliches Gesuch nach vorgeschriebenem Muster hin ausgegeben. Das Gesuch muß spätestens am

2. März 1921 beim Paritätischen Ausschuß

eingetroffen sein. Formulare hierzu und Beratung erteilt **jede Ortsgruppe der**

Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier.

Finsternis

Novelle von Leonid Andrejew

Deutsch von Dr. O. D. Postbol

(14. Fortsetzung.)

Und wie Kinder, die sich über jeden neuen Spaß freuen, sprangen sie unter Lachen und Kreischen auf und begannen an jener Stelle zu stampfen, wo unsichtbar die zarte Marmorvase zerbrochen lag — ein herrliches Menschenleben. Nach und nach bemächtigte sich ihrer eine Wut, das Gelächter und das Gequietsche verstummte. Nur schweres Atmen, stürmisches Schnaufen, und wildes, erbarmungsloses, unaufhörliches Fußgetrampel waren zu hören.

Einer beleidigten Königin gleich blickte Ljuba auf ihn mit wilden Augen über die Schulter hinweg und im plötzlichen Begreifen stürzte sie sich wie von Sinnen mitten unter die sich drängenden Weiber und begann schnell mit den Füßen zu stampfen. Wäre nicht der Ernst der trunkenen Gesichter, die Wildheit in den erlöschenden Blicken, die Wut der verzerrten krampfhaft schiefgewordenen Munde — man könnte meinen, dies sei ein neuer, eigener Tanz, ohne Musik, ohne Rhythmus.

Seinen harten, borstigen Schädel mit den Fingern umklammernd, sah er ruhig und düster darein.

— — — — — — — — — — —

Zwei Stimmen sprachen in der Dunkelheit.

Die Stimme Ljubas, — nah, aufmerksam und empfindsam — mit jenen leichten Anklängen einer eigenen Angst, die die Frauenstimmen in der Dunkelheit annehmen; — seine Stimme, fest, ruhig, wie aus der Ferne kommend. Zu fest, zu deutlich sprach er die Worte aus — und einzig darin machte sich der noch nicht ganz verflüchtete Rausch geltend.

„Sind deine Augen offen?“ fragte das Weib.

„Ja, sie sind offen.“

„Denkst du an etwas?“

„Ja.“

Schweigen und Dunkelheit — und wiederum die aufmerksame, wache Frauenstimme:

„Erzähle mir doch von deinen Kameraden. Kannst du.“

„Warum denn nicht? Sie waren . . .“

Er sagte „sie waren“ — wie Lebende von Toten sprechen, oder wie ein Toter von Lebenden sprechen könnte. Er erzählte ruhig, fast gleichgültig, mit dem Metallklang eines Trauermarsches in der gleichmäßig dahinfließenden Stimme — wie ein Greis, der den Kindern ein Heldenmärchen aus längst vergangenen Jahren erzählt. Und in dieser Dunkelheit, welche die Zimmergrenzen endlos weit ausdehnte, erstand vor den gebannten Blicken Ljubas eine winzige Handvoll unerhört junger, des Vaters und der Mutter beraubter Menschen, die hoffnungslos feind waren jener Welt, gegen die sie kämpften, und jener auch, für die sie stritten. Mit ihren Gedanken in der fernen Zukunft weilend, bei jenen Brüder-Menschen, die noch nicht geboren sind, durchschreiten sie ihr ganzes Leben als blutig-heiße Schatten, als Gespenster, mit welchen die Menschen einander erschrecken. Und sinnlos kurz ist ihr Leben: eines jeden von ihnen harrt der Galgen, oder das Zuchthaus, oder der Wahnsinn, mehr haben sie nicht zu erwarten, als — Wahnsinn, Zuchthaus, Galgen. Und in ihrer Mitte sind Frauen . . .

Ljuba stieß einen kleinen Schrei aus und erhob sich auf den Ellbogen.

„Frauen? Was sagst du, Liebling?“

„. . . junge, junge, zarte Mädchen, fast Kinder noch, folgen männlich und kühn den Spuren der Männer und gehen zugrunde . . .“

„Zugrunde . . . O Gott!“ Ljuba schluchzte auf und schmiegte sich fest an seine Schulter.

„Na, bist du gerührt?“

„O . . . nichts . . . Liebling . . . das ist nur . . . Erzähle, erzähle weiter.“

Und er erzählte. — Und sonderbar! Das Eis wurde zu Feuer; aus den Begräbnisklängen seiner Abschiedsrede ertönte für das Mädchen mit den weitgeöffneten glühenden Augen das Glockengeläute eines neuen, freudigen, mächtigen Lebens. Die Tränen sammelten sich wie schnell quellende Bäche in ihren Augen und trockneten wie im Feuer; heftig erregt hörte sie gierig zu, und jedes gewichtige Wort schmiedete in ihr, gleich dem Hammer auf glühendem Eisen, eine neue, hellklingende Seele. Gleichmäßig sank der Hammer, und immer klingender ward ihre Seele — und plötzlich tönte aus dem stickenden Dunst des Zimmers laut eine neue, unbekannte Stimme — eines Menschen Stimme:

„Liebster! Auch ich bin ein Weib.“

„Was . . . also willst du?“

„Ich kann doch auch zu jenen gehen.“

Er schwieg. Und so, in seiner Schweigsamkeit und weil er „deren“ Kamerad war, mit ihnen lebte — erschien er ihr so eigen und so bedeutend, daß es ihr sogar Verlegenheit machte, mit ihm so dazuliegen — so ganz einfach neben ihm zu liegen und ihn zu umarmen. Sie rückte ein wenig zur Seite und legte ihre Hand leicht auf, so daß ihre Berührung möglichst wenig empfunden werden könnte. Und ihren Haß gegen die Guten, all ihre Tränen und Flüche, all die langen Jahre ununterbrochener Vereinsamung in dieser Hölle vergessend, besiegt von der Schönheit und Selbstaufopferung ihres Lebens — war sie im Innersten durchwühlt, so daß ihr Antlitz sich purpurn färbte, fast bis zu Tränen erregt, bloß bei dem entsetzlichen Gedanken, „jene“ könnten sie nicht aufnehmen.

„Liebster! Werden sie mich auch aufnehmen? Mein Gott — was ist mit mir? Wie denkst du, wie denkst du, werden sie mich auch aufnehmen? Werden sie nicht etwa sagen: du darfst nicht. Du bist beschmutzt, du hast dich verkauft. O, sage mir es.“

Ein Schweigen zuerst und dann eine freudebringende Antwort.

„Sie werden dich aufnehmen. Warum denn nicht?“

„O Liebling! Du mein Liebster, wie sind sie doch so . . .“

„Gut“ ergänzte die männliche Stimme, als setze sie einen runden schweren Punkt hin. Und freudig, mit rührendem Zutrauen, wiederholte das Mädchen:

„Ja, gut!“

Und so strahlend war ihr Lächeln, daß die Dunkelheit selbst zu lächeln schien und kleine bläuliche Sternlein, winzige Pünktchen begannen vor ihr zu hüpfen. Eine neue Wahrheit kam zu dem Weibe, aber sie brachte keinen Schrecken, sondern Freude mit.

Eine schüchtern bittende Stimme:

„So laß uns zu ihnen gehen, Lieber. Wirst du mich von hier wegbringen, wirst du dich auch nicht schämen, daß du eine solche bringst. Sie werden doch verstehen, wie du hergeraten bist. Wahrhaftig, sie setzten hinter einem her, wohin soll man denn sich wenden? Da verkriecht man sich nicht bloß hierher, selbst in eine Senkgrube. Und ich . . . ich . . . ich will mir schon die rechte Mühe geben. Weshalb schweigst du?“

(Forts. folgt.)

Gewerkschaftliches

An unsere Mitglieder des Metallarbeiterverbandes

Am nächsten Montag und Dienstag tagt in Berlin die sogenannte Reichskonferenz der kommunistischen Fraktion der Metallarbeiter. Die „Rote Fahne" vom Dienstag leitet diese Veranstaltung mit der üblichen Epistel ein und versucht sogar, rechtssozialistische, nationalistische Entgleisungen während der Kriegszeit — uns anzuhängen! Die Veranstalter sind so gütig, unserem Genossen Dißmann volle Bewegungs- und Redefreiheit zu gewähren. Das sagen sie ihm wenigstens in der Einladung zu. Aber er wird ihnen das Vergnügen nicht machen. Diese Einladung selbst ist aber letzten Endes nur eine Finte, die dazu dienen soll, daß sich unsere Kollegen beteiligen sollen. Für heute sei unseren Genossen nur folgendes mitgeteilt:

Die Teilnahme an der Konferenz ist unvereinbar mit den Verbandstagsbeschlüssen und mit den Bestimmungen des Statuts, die jedem Mitglied die Einheit und Geschlossenheit, die Kollegialität und Solidarität zur Pflicht machen. Meidet deshalb die Zerstörer der Gewerkschaften.

Soviel für heute zur allgemeinen Orientierung. Auf die Veranstaltung selbst und auf ihre Motive kommen wir noch zurück.

Unionistische Methoden

Der Streik der Straßenbahner im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist wider Erwarten schnell beendet worden. Die Arbeitgeber haben sich bereit gefunden, den Dortmunder Schiedsspruch anzuerkennen mit der Einschränkung, daß ledige Straßenbahner 1,70 M. pro Tag weniger erhalten als die verheirateten. Damit sind die Forderungen der Arbeitnehmer im wesentlichen erfüllt. Dieser rasche und unerwartete Erfolg ist wohl in erster Linie der ebenso besonnenen wie entschlossenen Führung der Bewegung durch den Deutschen Transportarbeiterverband zu verdanken.

Im Gegensatz zu diesem Beweis geschickter Streikführung durch die Zentralgewerkschaften steht das Verhalten der Union, die durch ihre unbesonnene Art, Arbeiterkämpfe zu führen, in der rheinischen Industriestadt Neuß den Unternehmern Anlaß gegeben hat, zu einem unerhörten Vorstoß gegen die Gesamtarbeiterschaft auszuholen. Die Arbeitgebervereinigung von Neuß und Umgegend, Untergruppe Eisen, macht in großen Zeitungsinseraten bekannt, daß sie ihre sämtlichen Mitglieder aufgefordert hat, das Vertragsverhältnis zu den Arbeitern mit einer Frist von 14 Tagen, d. h. zum 9. März, zu lösen. Die Arbeitgebervereinigung behauptet, daß das Verhalten der Union und der kommunistischen Arbeiterführer sie zu diesem Schritt zwinge. Es besteht nämlich seit dem 14. Januar bei einer Neußer Eisenfirma ein Streik. Es handelt sich hier um eine Belegschaft von 260 Mann. Die Unternehmer behaupten nun, daß die Unionisten durch die Art ihrer Agitation unerträgliche Zustände eingeführt haben. Diese Erklärung der Unternehmer ist natürlich nur ein Vorwand, aber man sieht an diesem Beispiel, wohin die Arbeiterschaft durch die unionistische Art des Kampfes getrieben wird.

Ein weiteres Beispiel für die unerhörten Machenschaften der Kommunisten bietet ein Vorfall in Kassel. In einer Versammlung des Metallarbeiterverbandes ist der Neukommunist Düwell dem Genossen Dißmann entgegengetreten. Als man ihn am Sprechen hindern wollte, weil er nicht Mitglied des Metallarbeiterverbandes sei, zog Redakteur Düwell ein Mitgliedsbuch aus der Tasche! Wir haben festgestellt, daß dieses Mitgliedsbuch mit Hilfe eines kommunistischen Mitgliedes des Metallarbeiterverbandes Benrath erschlichen wurde. Düwell ist selbstverständlich niemals Metallarbeiter gewesen, und hat keinerlei Recht, sich als Mitglied des Metallarbeiterverbandes auszugeben. Geradezu skandalös aber ist es, wie in marktschreierischer Weise die Düsseldorfer kommunistische „Freiheit" diesen plumpen Schwindel benutzt, um dem Genossen Dißmann in schmutzigster Form Vorwürfe über sein Auftreten in Kassel zu machen.

Zu den Vorgängen im Eisenbahner-Verband

Uns wird geschrieben:

In der Abendausgabe der „Roten Fahne" vom 23. 2. 21 finden wir unter „Gewerkschaftliches" folgende Notiz: „Die Front gegen die D. E. V.-Bureaukratie". Hierzu möchten wir zur Erläuterung folgendes mitteilen: Die Zahlstelle Spandau-Wustermark des D. E. V. zählt zirka 650 Mitglieder. Von diesen waren in der genannten Generalversammlung 69 anwesend. Der Zahlstellenobmann, Kollege Klein, gab seinen Tätigkeitsbericht. Die Diskussion hat ergeben, daß die gewerkschaftliche Arbeit des Kollegen Klein äußerst groß und fruchtbringend gewesen ist und daß derselbe seine Pflicht voll und ganz im Interesse seiner Kollegen getan hat. Das haben auch die auf dem Boden der V. K. P. D. stehenden Kollegen einmütig anerkannt. Bei der Wahl aber ist deutlich zum Ausdruck gebracht worden, Klein kann nicht mehr als Zahlstellenobmann gewählt werden, weil er nicht auf Moskau schwört! Ist das nicht Parteipolitik, die immer von seiten der Anhänger der V. K. P. D. bestritten wird, ist das nicht Sabotage gewerkschaftlicher Arbeit, wenn man befähigte Kollegen mit solchen Argumenten abtut? Es ist einfach die krasse Auswirkung des bekannten Spruches: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein." Nun jubelt die „Rote Fahne" in großen Tönen über die Niederlage der Bureaukratie des D. E. V. Was ihre Genossen aber tun, ist alles andere als vernünftige und praktische Gewerkschaftsarbeit. Auf der einen Seite verlangt man aus rein agitatorischen Gründen die Einheitsfront aller Arbeiter und auf der andern sucht man wirklich zielbewußte Arbeiter und Funktionäre unmöglich zu machen. Das ist aber beileibe keine Hemmung und Zersplitterung gewerkschaftlicher Arbeit. Daß durch diese Art ihres Vorgehens die Reaktion nur den Vorteil hat, werden jedenfalls unsere Eisenbahner in nächster Zeit verspüren, und die, welche noch Moskau nachlaufen, werden eines Tages mit Schrecken aus ihrem Rausch erwachen. Nicht um das Wohl und Wehe der Eisenbahner, sondern um ihre Parteisuppe gut auf den Tisch zu bringen, wendet die V. K. P. D. ihre Methoden an. Richtig ist, daß eine eingebrachte Resolution über den „Offenen Brief" gegen 4 Stimmen angenommen wurde. Man verschweigt aber wohlweislich, daß nur 13 dafür gestimmt haben, während der übrige Teil schon den Saal verlassen hatte, und etliche sich nicht an der Abstimmung beteiligt haben. Wie solche Siege zustande kommen und in die Welt hinausposaunt werden, ist ja hinlänglich bekannt. Wenn Zusammenkünfte von 10—20 Personen eine Resolution gefaßt haben im Sinne Moskaus, dann werden diese Zirkelchen als große Versammlungen hingestellt und so der Allgemeinheit Sand in die Augen gestreut. Nur weiter so und der Erfolg der Politik eines Ludendorff und Hindenburg wird auch einst der V. K. P. D. beschieden sein. Im übrigen ist uns ein Vertreter Glaser vom Hauptvorstand nicht bekannt.

Der Streik in der Herrenkonfektion verschärft

In der am Donnerstag, 24. Februar, in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee, von der Streikleitung einberufenen Versammlung berichtete Kollege Fischer über den gegenwärtigen Stand der Bewegung. Er führte aus, wenn die Arbeitgeber glaubten, durch die Kündigung, Entlassung und Krankenkassenabmeldung den Kampfesmut der Kollegen zu schwächen, dann haben sie sich geirrt, und haben die Rechnung ohne die streikenden Schneider gemacht. Denn dieselben sind bereit, den Kampf solange zu führen, bis der Erfolg auf ihrer Seite ist. Auch habe sich in der vergangenen Woche das Reichsarbeitsministerium vermittelnd an die Parteien gewandt. Die Arbeitgeber lehnten ab mit der Begründung, die Arbeitnehmer mögen selbst mit Vorschlägen an sie herantreten. Das heißt mit anderen Worten, wir möchten bittend zu ihnen kommen, eine Zumutung, die die Streikenden ablehnen. Da nun die Unternehmer hier einen Mißerfolg hatten und das Feuer ihnen unter den Nägeln brennt, gehen sie zu einer anderen Kampfesweise über. Uns liegt ein Schreiben vor von dem Herrn Syndikus Stern, das an die nichtorganisierten Firmen gesandt wurde, worin diese aufgefordert werden, innerhalb 48 Stunden ihren Beitritt zum Arbeitgeberverband zu erklären, widrigenfalls sie durch den schärfsten Terror dazu gezwungen würden. Nach diesem Schreiben zu folgern, ist bestimmt auf eine Verschärfung des Kampfes zu rechnen. Die Arbeitnehmer-Organisationen werden auch dieser Maßnahme ruhig entgegensehen und ihr zu begegnen wissen. Darum rufen wir unseren Kollegen, vor allen Dingen den Gleichgültigen, zu: Seid auf der Hut, es geht ums Ganze, es geht um Eure Sache selbst.

Zimmerer! Vorstandswahl

Morgen, Sonntag, findet in den Bezirkslokalen die Vorstandswahl statt. Stimmt nur für die U. S. P. D.-Liste.

Am Mittwoch, den 2. März, abends 7 Uhr, findet im Englischen Hof, Alexanderstr. 27 c, eine Versammlung aller Mitglieder des Zimmerer-Verbandes, die auf dem Boden der U. S. P. D. stehen, statt. Mit uns sympathisierende Mitglieder können eingeführt werden.

Die Verhandlungen in der Klavierindustrie wiederum gescheitert

Abbau der Löhne auf jeden Fall und aus Prinzip, mit dieser Weisung erschienen die Vertreter der Klavierindustriellen zu den letzten Verhandlungen. Bekanntlich beabsichtigten die Unternehmer die bisher auf den Durchschnittslohn von 6 Mark gezahlte Wirtschaftsbeihilfe von 10 Prozent in Abzug zu bringen. Die Arbeiter dagegen forderten die Festsetzung des Durchschnittslohnes auf 7,20 Mark. Bei den Verhandlungen versuchten die Unternehmer nun klarzumachen, daß der Abzug der 10 Prozent kein Lohnabbau sei. Es ist schwer, solchen Winkelzügen gegenüber sachlich zu bleiben. Man kann mit den Worten jonglieren wie man will, es ändert dies nichts an der Tatsache, daß dem Arbeiter am Wochenschluß 10 Prozent seines bisherigen Lohnes fehlen, die ihm und seiner Familie abgezwackt werden und dafür in die Taschen der Unternehmer fließen. Für den Arbeiter bedeutet das ein weiteres Anziehen des Schmachtriemens, für den Unternehmer eine Mehrung des Profits auf Kosten der Knochen und der Gesundheit der Arbeiter. Die Verhandlungskommission der Unternehmer war zu diesen Verhandlungen neu gewählt, um die Sache besser zu machen als die bisherige. Mit geradezu bemitleidenswerter Hilflosigkeit wand sich nun diese Reinfagekommission unter den triftigen Gründen der Arbeitnehmer, mit denen diese die Forderung auf Erhöhung der Löhne stützte, und andererseits unter der Fuchtel des Versammlungsbeschlusses der Unternehmer, der den Abbau der Wirtschaftsbeihilfe forderte. Eine Kommission, die ohne jede Selbständigkeit mit gebundenen Händen erscheint und nicht mehr und nicht weniger als „Nein" sagen darf, ist keine Verhandlungskommission. In der überfüllten Mitgliederversammlung der Musikinstrumentenarbeiter löste die Bekanntgabe des Verhandlungsergebnisses einen tosenden Entrüstungssturm aus. Der Vorschlag der Branchenleitung, die Entscheidung dem Schlichtungsausschuß zu übertragen, um jeden Vorwurf, die Arbeiter hätten leichtfertig den Kampf heraufbeschworen, unmöglich zu machen, stieß auf erheblichen Widerspruch. Schließlich beschloß die Versammlung dem Vorschlag gemäß und verpflichtete die Betriebsräte bei etwaigem Abzug der Wirtschaftsbeihilfe entschieden zu protestieren und die Forderung der Weiterzahlung bis zur Entscheidung durch den Schlichtungsausschuß aufrechtzuerhalten.

Töpfer! Zur Vorstandswahl hat der Kollege Pusemann ein von gehässigen Unwahrheiten und Gemeinheiten strotzendes Flugblatt unter die Kollegen verbreitet. Der Filialvorstand, die Kollegen Kemnitz, Segawe und Brückmann werden in der gemeinsten Weise heruntergerissen. Alte Ladenhüter, die in Dutzenden von Versammlungen widerlegt wurden, werden hervorgesucht, um die nötige Stimmung für kommunistische Wahlen hervorzurufen. Das Flugblatt wird das Gegenteil von dem erreichen, was beabsichtigt ist, da diese faustdicken Lügen von unseren Kollegen nicht geglaubt werden. Auf dieses Pamphlet zu antworten erübrigt sich. Hat man doch nicht einmal den Mut, zu erklären, daß die im Flugblatt empfohlenen Kandidaten die Kandidaten der Kommunistischen Partei sind, sondern man bezeichnet sie vorsichtigerweise als Vorschläge der Opposition, um Stimmenfang zu treiben. Der empfohlene Kandidat für den ersten Vorsitzenden schloß seine Kandidatenrede in der Generalversammlung mit den Worten: „Unser Weg muß nach Moskau führen". Kollegen, es gilt die Einheit der Organisation zu wahren. Wer nicht will, daß die Organisation zersplittert wird und daß sich bei der Wahl die Stimmen zersplittern, muß für die Vorschläge der Funktionäre: Max Kemnitz, Karl Brückmann, Karl Mewis usw. stimmen. Die Vorschlagsliste der Funktionäre liegt in den Wahllokalen aus. Geht alle zur Wahl, es kommt auf jede Stimme an. Die Wahl findet in den Bezirkslokalen am Sonntag, den 27. Februar, vormittags von 10 bis 12 Uhr, statt. Wer am Wählen verhindert ist, kann seinen Stimmzettel nach dem Bureau des Verbandes, Engelufer 15, im verschlossenen Kuvert unter Angabe seines Namens und seiner Mitgliedsnummer senden oder dort abgeben. — Hoffentlich sorgen alle dafür, daß der Weg nicht nach Moskau geht.

Glaser. Am 21. Februar 1921 beschäftigte sich eine vom Zentral-Verband der Glaser einberufene gutbesuchte Mitgliederversammlung mit mehreren von den V. K. P. D.-Leuten unseres Berufes eingebrachten Anträgen, unter anderem mit der Diskussion des „Offenen Briefes", desgleichen sollte die Versammlung beschließen, in der nächsten Mitgliederversammlung einen Referenten sowie Korreferenten über die Frage Moskau oder Amsterdam sprechen zu lassen! Die Versammlung lehnte jedoch alle Anträge mit überwältigender Mehrheit ab, stellt sich also geschlossen auf den Boden der Amsterdamer Internationale! Es wurde ferner beschlossen, fast einstimmig, alle Anträge, welche als Fraktion gezeichnet sind, abzulehnen, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Als die Kommunisten nach Ablehnung ihrer Anträge ihre Felle davonschwimmen sahen, zogen sie es vor, demonstrativ (es waren gerade ein Dutzend) den Saal zu verlassen. Ohne Störung konnte nun die Versammlung zu Ende geführt werden.

Afa-Mitglieder. Am Montag, den 21. Februar, beginnen die für die Angestellten hauptsächlich in Frage kommenden Kurse der Betriebsräteschule der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Berlin. Infolge Verzögerungen organisatorischer Art war es nicht möglich, die Kurse früher beginnen zu lassen. Kollegen, welche für diese Kurse Interesse haben, wollen sich direkt an die Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, SO 16, Engelufer 14-15, Eingang Portal B, 2. Hof 1 Tr., wenden. Für jeden Lehrgang von 10 Abenden (fast ausnahmslos Doppelstunden) ist eine Hörergebühr von 6 M. bei Beginn des ersten Unterrichtsabends zu entrichten. Arbeitslose sind von der Hörergebühr befreit.

Deutscher Eisenbahner-Verband, Ortsgruppe Groß-Berlin. Die Branchenversammlung der Schmiede findet am Montag, den 28. Februar, abends 7 Uhr, im Saal 5 des Gewerkschaftshauses statt. Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Soeben erschien:

Agrarfrage und Sozialismus

Von Alexander Stein

Preis 2.50 Mark.

Organisationen Preisermäßigung.

Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2

Arbeitersport

Spiele der Märkischen Spielvereinigung am Sonntag, den 27. 2. Beginn 3.15 Uhr.

Borussia — R. B. C. in Reinickendorf-Ost, Gemeindesportplatz. Neukölln — Schöneberg im Baumschulenweg, Fichteplatz. Hertha — Brandenburg in Reinickendorf, Schillerpromenade. J. B. C. — Wilmersdorf in Johannisthal, Waldstraße. Viktoria — Union in Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße. Weißensee — Oberspree in Weißensee, Rennbahngelände. Lichtenberg — Fichte, Berlin, in Lichtenberg, Hauptstraße. Eiche — Frisch-Frei in Tegel, Festplatz (am Schloß). [illegible] — Merkur in Weißensee, Rennbahngelände. Reinickendorf — Sparta in Reinickendorf, Auguste-Viktoria-Straße. Blankenburg — Fichte 9 in Blankenburg, [illegible]. Wacker — Helios, Schönhauser Allee (Exerzierplatz). Bernau — Rapide in Bernau. [illegible] — Fichte-Moabit in [illegible], Hindenburgplatz. Pankow — Wittenberger Turnv. in Pankow, [illegible] Straße. Arminia — Marwitz in Reinickendorf-West, [illegible]. Fichte 12 — [illegible], Schönhauser Allee (Exerzierplatz). [illegible] — [illegible] in [illegible]. [illegible] — Rosenthal in [illegible]. Eichwalde — Groß-Zeuthen in Eichwalde i. Mark. [illegible] — [illegible] in [illegible]. Fichte 14 — Fichte 7 im Baumschulenweg, Fichteplatz. Teutonia — Friedrichshagen, Tempelhofer Feld, a. d. Steinmetzstraße. [illegible] — Straßenbahn 17 in [illegible]. [illegible] — Fichte-Ost in [illegible]. Eintracht 13 — Treptow-Süd in Baumschulenweg, [illegible]. Fichte Süd — Steglitz in Neukölln, Tempelhofer Feld [illegible]. [illegible] — [illegible] in [illegible], Mühlenstraße. Stern — Brandenburg a. H. in Marienfelde, Dorfstr. 41. M. S. C. — Frisch-Frei in Mariendorf, Kaiser-, Ecke Rathausstraße. Luckenwalde — [illegible] in Luckenwalde, [illegible]. Lichtenrade — Potsdam in Lichtenrade, hinter d. [illegible]. Vorher Spiele der 2. Mannschaften.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität". Sonntag, den 27. Februar, Vereinstour nach [illegible] „Sanssouci", mit der Bahn bis [illegible] oder Cöpenick. [illegible] 1 Uhr. [illegible] in Cöpenick, [illegible] Str. 2, Restaurant [illegible], am Bahnhof. [illegible] „Sanssouci". [illegible] 1 M., [illegible] 50 Pfg. [illegible] Achtung! 2. Abteilung. [illegible] Abteilung Tegel. Am 28. Februar nach [illegible] „Schweizerhaus". Auskunft über Touren erteilt Otto [illegible], Zentralfahrwart, Neukölln, Lichtenrader Str. 51.

Arbeiter-Wassersport-Verband, Kreis 1. Am Sonntag, den 27. Februar, nachm. 2½ Uhr, veranstaltet unser Kreis mit dem „Freien Schwimmverein" in Spandau ein [illegible] im Stadtbad in Spandau. [illegible] Neben Reigenschwimmen und Wasserballspielen sind es besonders Stafettenkämpfe und Springen für Männer und Damen, welche interessanten Sport versprechen. [illegible] Rettungsschwimmen, [illegible]. Der Eintrittspreis beträgt auf allen Plätzen 2,50 M. [illegible] ab Lehrter Hauptbahnhof, mittags 1.15 Uhr, und von Charlottenburg 1.12 Uhr (von Stadtbahn umsteigen). Nach Ankunft in Spandau Führung zum Stadtbad.

Arbeiterschachspieler, welche gewillt sind, einer zu gründenden Abteilung im Südwesten eventuell beizutreten, können ihre Adresse bis zum 5. März an den Unterzeichneten einsenden. Spielabend im Süden: Donnerstags, Waldemarstr. 32, und Dienstags, Wassertorstr. 18. Kostenloser Unterricht in allen Abteilungen.

Rich. Scholz, S. O., Wassertorstr. 18.

Aus den Organisationen

Sonnabend, 26. Februar

14. und 15. Distrikt. Abends ½8 Uhr Sitzung der Zeitungskommission bei Krüger, Buttmannstraße.

Charlottenburg. Abends 7 Uhr Geschäftsleitungssitzung im Volkshaus (Stehbierhalle). Die Gruppenführer werden ersucht, die Sozialisttarten ausgefüllt so bald als möglich an die Geschäftsleitung abzugeben.

Sonntag, 27. Februar

11. Distrikt. Vorm. 10 Uhr Versammlung sämtlicher Elternbeiräte und Mitglieder der kommunalen Kommission in der Schulaula Bülowstr., Ecke Pankstraße.

13. Distrikt. Elternbeiräte. Vormittags ½10 Uhr Vollversammlung sämtlicher Elternbeiräte sowie deren Ersatzleute und Interessenten, die zum 3. Verwaltungsbezirk gehören, in der Schulaula im Schiller-Lyzeum, Pank- Ecke Wilhelmstraße. Wichtige Tagesordnung.

14. Distrikt. U. S. P. D.-Elternbeiräte sämtlicher Schulen und die Mitglieder der Schulkommission. Vormittags ½10 Uhr Vollversammlung im Gymnasium, Koch-Straße, kleiner Eingang Wilhelmstraße. Erscheinen aller ist unbedingte Pflicht.

15. Distrikt. Elternbeiräte. Vormittags ½10 Uhr Vollversammlung sämtlicher Elternbeiräte und deren Ersatzleute sowie Interessenten in der Schulaula Pank- Ecke Wilhelmstraße. Tagesordnung: Jugendfürsorge. Referent: Gen. [illegible].

Montag, 28. Februar

1. Distrikt. Abends 7 Uhr Ergänzung und Ausgabe von neuem Markenmaterial bei Müller, Neue Roßstr. 14-15.

6., 7., 8. Distrikt und Stralau. Elternbeiräte. Abends 7 Uhr findet in der Schule Lüdtker Str. 4 eine Sitzung sämtlicher Elternbeiräte statt. Es wird um pünktliches und vollzähliges Erscheinen gebeten.

9. Distrikt. Frauenleseabend bei Scheibe, Volkerstr. 2. Vortrag der Genossin Wiesmann. Die Funktionärinnen werden ersucht, dazu einzuladen.

Pankow, Lichterfelde, Steglitz. Frauenabend im Lokal [illegible], Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-, Ecke Sendlitzstraße. Vortrag der Genossin Marie Kunert über „Strafgesetz und Gebärzwang". Gäste willkommen.

Vereinskalender

Sonntag, 27. Februar

Deutscher Textilar-Verband. Vorm. 9½ Uhr Funktionärkonferenz im Saal 6 des Gewerkschaftshauses. Stellungnahme zur Neuwahl der Sektionsleitung. Erscheinen aller Funktionäre der Branche dringend erforderlich. Die Branchenleitung.

Internationaler Bund der Kriegsopfer Berlin. Alle Kriegsopfer treffen sich vormittags 11 Uhr im Lustgarten zur Demonstration für die Forderungen an die Regierung.

Internationaler Bund, Sektion Kriegsgefangene. Treffpunkt zur Demonstration im Lustgarten am Reiterstandbild, ½11 Uhr. Alle Gefangenen müssen erscheinen.

Int. Bund der Kriegsopfer (Nordwesten). Treffpunkt zur Demonstration im Kleinen Tiergarten um ½10 Uhr.

Die Aufhebung der Wehrpflicht

Bei der gestern fortgesetzten Beratung des Wehrgesetzes im Ausschuß des Reichstages wurde gegen die Stimmen der Rechten der Paragraph 1 wie folgt gefaßt:

„Die Wehrmacht der deutschen Republik ist die Reichswehr. Sie wird gebildet aus der Reichswehr und der Reichsmarine, die aus freiwilligen Soldaten und nicht im Waffendienst tätigen Militärbeamten bestehen und ergänzt werden. Alle Angehörigen der Wehrmacht müssen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. **Die allgemeine Wehrpflicht ist im Reiche und in den Ländern abgeschafft.**"

In der Beratung wandte sich Abg. Delbrück (D. N.) gegen die Forderungen der Entente, die unbegründet seien und im Widerspruch ständen mit dem Friedensvertrag; der Entente fehle die rechtliche Grundlage für ihre Forderungen. Der Einspruch wird zu Protokoll genommen und dann ein Antrag Schöpflin (Soz.) und Dr. Rosenfeld (U. S. P.) erörtert, der in § 1 zum Ausdruck gebracht haben will, daß es sich bei der Reichswehr um eine republikanische Wehr handelt. Cremer (D. V.): Die Tendenz dieses Antrages können wir nicht mitmachen. Eine solche Unterstreichung des republikanischen Staatsgedankens müssen wir ablehnen. Dr. Rosenfeld (U. S. P.): Aus dieser Erklärung ergibt sich für bürgerliche Republikaner gerade die Notwendigkeit, die Reichswehr ausdrücklich zur Wehr der Republik zu erklären. Dem § 1 wurde schließlich die obige Fassung gegeben.

§ 10 gibt dem Reichspräsidenten das Recht, **selbständig grundlegende militärische Vorschriften im Wege der Verordnung zu erlassen.**

Dr. Rosenfeld (U. S. P.) protestiert gegen die weitgehenden Befugnisse des Reichspräsidenten. Der Reichstag würde sich durch solche Bestimmungen selbst ausschalten. Die Abstimmung über diesen Paragraphen wird ausgesetzt.

Bei § 11 wenden sich Dr. Rosenfeld (U. S. P.) und Schöpflin (Soz.) **gegen die Aufrechterhaltung besonderer Befugnisse Bayerns.** Dr. Rosenfeld wünscht überhaupt die Aufhebung der Sonderrechte einzelner Länder. Die deutsche Republik erfordere eine **einheitliche deutsche Wehr.** Die staatliche Zerrissenheit Deutschlands dürfe sich nicht auch auf diesem Gebiete geltend machen. Minister Geßler suchte die bayrischen Vorrechte damit zu rechtfertigen, daß nur Bayern eine geschlossene Division stelle. Für die Reservatrechte der einzelnen Länder überhaupt berief sich der Minister auf Weimarer Vereinbarungen, deren Gültigkeit für den Reichstag Dr. Rosenfeld entschieden bestreitet. § 11 findet gegen die Stimmen der Unabhängigen Annahme.

§ 16 gibt der Truppe **das Recht, im Falle öffentlicher Notstände oder einer Bedrohung der öffentlichen Ordnung selbständig einzuschreiten,** wenn die Behörden durch höhere Gewalt außerstande gesetzt sein sollten, das militärische Einschreiten herbeizuführen. Vergebens protestierte Dr. Rosenfeld gegen solche Bestimmung, die es ganz in die Hand untergeordneter militärischer Befehlshaber gibt, ob sie einschreiten wollen oder nicht. Dr. Haas (Dem.) verteidigt die Bestimmung damit, daß erfahrungsgemäß bei Putschen den Behörden sofort das Telephon abgeschnitten wird, so daß sie keine Möglichkeit haben, Soldaten herbeizurufen. § 16 wird gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen und die Weiterberatung dann auf Montag vertagt.

Deutscher Reichstag

Freitag, den 25. Februar.

Nach Erledigung kleiner Anfragen wird die Aussprache über das

Reichsarbeitsministerium

fortgesetzt.

Abg. **Malzahn** (Kom.): Die Unternehmer müssen gezwungen werden, angesichts des großen Arbeitslosenelends in ihren Betrieben die volle Produktion wiederaufzunehmen. **Wir fordern für die Erwerbslosen eine sofortige Beihilfe von 450 Mark für Ledige und 600 Mark für Verheiratete.** Außerdem verlangen wir eine Verdoppelung der Unterstützung und Eingliederung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß. Die produktive Erwerbslosenfürsorge ist ausgeartet zu einem Korruptionsfonds für das profitwütige Unternehmertum.

Abg. Frau **Kähler** (Soz.): Bei der Schaffung des allgemeinen Arbeiterrechtes darf der Hausangestellte nicht vergessen werden. Ein Notgesetz ist ein Gebot der Stunde.

Abg. **Lambeck** (Dntl.): Angestellte und Arbeiter müssen wieder ein inneres Verhältnis zu ihrer Arbeit gewinnen, und wir wünschen daher ihre Kapitalbeteiligung in den dazu geeigneten Unternehmungen.

Reichsarbeitsminister Dr. **Brauns**: Unsere soziale Gesetzgebung ist erst jüngst in Washington anerkannt worden, allerdings geht es bei den gegenwärtigen Verhältnissen nicht ohne ein gewisses Flickwerk. Die Verzögerung in der sozialen Gesetzgebung habe ich bereits bei Besprechung der einzelnen Gesetze erklärt. Auf der einen Seite ruft man immer lauter nach Gesetzen und auf der anderen Seite klagt man über die Galoppgesetzgebung in Berlin. Für die Beteiligung der Kriegsbeschädigten an der Verwaltung ihrer Angelegenheiten werde ich sorgen. Die Arbeitslosenfürsorge wird teils für zu hoch, teils für zu gering gehalten. Wir haben also wohl die richtigen Mittel gefunden. Für Arbeitsbeschaffung ist in erster Linie zu sorgen. Die Sechsundzwanzigwochengrenze kann nicht aufgehoben werden, aber bei den Ausnahmen ist ein Entgegenkommen möglich. Für das Krankenkassenversicherungsgesetz ist das Finanzministerium kompetent. Die Arbeiter selbst haben eine Kommission eingesetzt, die im November den Fünf-Goldmark-Fonds kontrolliert hat. Aus den Berichten, soweit sie da sind, geht hervor, daß das Arbeitsministerium kein Vorwurf trifft. Im Ministerium wird das endgültige **Gesetz für die Handelsangestellten** vorbereitet und nicht ein Notgesetz. Mitte März wird der Entwurf den Interessenten vorgelegt. Die Angelegenheit der Reichswochenhilfe wird so beschleunigt, daß das Gesetz noch in dieser Tagungsperiode verabschiedet werden kann. Vorentwürfe für das Angestelltenrecht, für die Grundzüge des Arbeitsvertragsrechts und die Frage eines Sondergesetzes über den Urlaub werden in den Unterausschüssen im Arbeitsministerium geprüft. Die Entschließung Hergt, betreffs Gewinn- und Kapitalbeteiligung ist außerordentlich unklar. Eine Gewinnbeteiligung auch in der Landwirtschaft ist an sich natürlich durchaus möglich. Dem Antrag von vornherein feindselig entgegenzutreten, liegt keine Veranlassung vor.

Abg. **Geisler** (D. Vp.): In den meisten Betrieben ist der Lohn nur eine Abschlagszahlung und eine weitere Gewinnbeteiligung der Arbeiter berechtigt. Daneben ist die Frage zur Einrichtung von Kleinaktien zu lösen.

Abg. Frau **Ziegler** (U. S. P.): Solange die Klassengegensätze in ihrer jetzigen Schärfe bestehen, ist eine Verständigung zwischen dem verelendeten Proletariat und dem ausbeuterischen Unternehmertum unmöglich. Schon lange haben wir ein einheitliches Recht für die Hausangestellten gefordert, aber die Regierung hat diese Angelegenheit immer wieder verschleppt. Die Hausangestellten sind am rechtlosesten von allen Angestellten, sie werden vielfach immer noch als Menschen zweiter Klasse behandelt. Aus meiner eigenen Jugenderfahrung weiß ich, **daß die Hausangestellten noch viel mehr ausgenützt werden als die Fabrikarbeiterinnen.** Ich verlange daher für die Hausangestellten die **Abschließung von Tarifverträgen und die Einführung des Achtstundentages**, ferner, besonderen Schutz für die Jugendlichen und obligatorischen Fortbildungsunterricht.

Abg. **Schimmelpfennig** (Dntl.): Der deutsche Landarbeiterverband weigert sich, bei Abschließung von Tarifverträgen die Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes als gleichberechtigt anzuerkennen. Wir protestieren dagegen, daß sich der Arbeitsminister diese Stellungnahme zueigen machte.

Abg. **Karsten** (U. Soz.): Aus den Ausführungen der bürgerlichen Redner kann man erkennen, daß sie die Unmöglichkeit sehen, im bisherigen Rahmen des Wirtschaftslebens weiter zu arbeiten, daß sie **den kommenden Sieg des Sozialismus erkennen** und daß sie **diesem die Spitze abzubrechen suchen** durch Gewinnbeteiligung und ähnliche Mittelchen. Wie der Abgeordnete Geisler den Antrag Hergt begründete, indem er die Liederlichkeit der Arbeiter vorschob, ist ganz unerhört. Ich möchte wissen, wie viele von den 35 000 Mitgliedern der Arbeitnehmergruppe des Landbundes wirkliche Arbeiter sind. Die Vertreter des Landbundes, in der Hauptsache Offiziere, sind nicht sachverständig und geeignet, Tarifverträge abzuschließen. Der Pommersche Landbund ist keine wirtschaftsfriedliche Organisation, sondern er vereint in sich die Schmarotzer des arbeitenden Deutschlands.

Abg. **Malzahn (Kom.)**: Ueber die Vorgänge in den Deutschen Werken in Spandau in bezug auf Arbeiterentlassungen und systematische Stillegung der Betriebe, verlangen wir vom Arbeitsminister Rede und Antwort.

Darauf werden die Anträge und Entschließungen des Ausschusses angenommen. Angenommen werden ebenfalls der Antrag aller Parteien auf **schleunige Vorlegung eines Urlaubsgesetzes für Arbeiter und Angestellte**, die sozialdemokratischen Anträge auf **Erhöhung der Reichswochenhilfe** und auf Wiederverwendung des entlassenen Lazarettpersonals, sowie ein Antrag aller Parteien, außer Unabhängigen und Kommunisten, auf Gewährung unverzinslicher Vorschüsse an die Länder, zur Förderung des Wohnungsbaues. Der Antrag Hergt (Dntl.), auf Vorlegung eines Gesetzes über die Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten, wird gegen die beiden Rechtsparteien abgelehnt.

Damit schließt die zweite Lesung des Haushalts des Arbeitsministeriums. — Das Gesetz über die Neuberechnung des Jahresdurchschnittsverdienstes in der Unfallversicherung, geht an den sechsten Ausschuß. — Der Etat des Reichsverkehrsministeriums und der Eisenbahnen für 1920 und 1921 geht an den Hauptausschuß. — Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Vizepräsident **Bell** schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Sonnabend 12 Uhr, mit folgender Tagesordnung: Notetat, zweite Beratung des Haushalts des Reichspräsidenten, Dispensionsfonds, Militärgerichts, Rechnungshofes und Finanzministeriums.

Es kommt nun zu der Geschäftsordnungsdebatte, die wir auf der ersten Seite des Blattes behandeln.

Die Mietsteuervorlage. Der Wohnungsausschuß des Reichstages erörterte am Freitag einen demokratischen Antrag, der eine Kombination der Wohnungssteuervorlage der Regierung und der Vorlage des Reichstages versucht. § 1 des Antrages verpflichtet die Länder, zur Förderung des Wohnungswesens für 1921 und 22 mindestens 30 M. auf den Kopf der Bevölkerung aufzuwenden. **Die aufgewendeten Beträge sollen durch eine von den Nutzungsberechtigten zu erhebende Abgabe gedeckt werden.** Mit Hilfe dieser Abgabe dürfen nur solche Wohnungsbauten gefördert werden, die der öffentlich rechtlichen Kontrolle unterstehen. Bauten, die eine über die ordentliche Verzinsung hinausgehende Miete abwerfen, sollen gleichfalls nicht unterstützt werden. Nach Annahme verschiedener Anträge wurde der so umgeänderte § 1 mit großer Mehrheit angenommen.

Steuerfragen im Reichswirtschaftsrat

In der gestrigen Sitzung wurde über den vom finanzpolitischen Ausschuß einstimmig angenommenen Antrag zur **Steuerfreiheit des Existenzminimums** beraten, die bedauerlicherweise durch § 30 des Landessteuergesetzes aufgehoben ist. Wenn die Gemeinden auf die Einnahmen aus der Einkommensteuerung nicht verzichten können, dann hält es der Steuerausschuß für unbedingt erforderlich, daß das Reich die Besteuerung selbst nach einheitlichen Grundsätzen im Rahmen des Einkommensteuergesetzes regelt und das daraus erzielte Aufkommen den Gemeinden restlos zur Verfügung stellt. Der Antrag wird einstimmig angenommen. — Es folgt der Antrag desselben Ausschusses für **den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes.**

Chefred. **Bernhard** begründet den Antrag. Es wird empfohlen, bei dem Einkommensteuergesetz bei der Veranlagung an dem Grundsatz des § 29 Abs. 1 des Gesetzes festzuhalten und diesen Grundsatz unter entsprechender Aenderung des § 58 des Gesetzes auch für das Steuerjahr 1920 in Anwendung zu bringen. Hierbei soll bei der Erhebung der Steuer für 1920 und aus sozialen Gründen für Lohn- und Gehaltsempfänger jeder Art **die Steuer für das Steuerjahr 1920 mit den erfolgten Lohnabzügen abgegolten** sein und die Einziehung der Steuer für das erste Steuervierteljahr 1920 unterbleiben, soweit diese ein Einkommen bis zu 24 000 M. versteuern und soweit sie den Steuerabzug für die letzten dreiviertel Jahre des Steuerjahres ordnungsmäßig nachweisen.

Marx (Arbeitnehmer der Banken): Wir stimmen dem Antrag des Ausschusses nur mit Bedenken zu. Es kann nicht so weiter gehen, daß der staatliche Finanzbedarf im wesentlichen nur durch Lohnabzug und Notenpresse befriedigt wird. — Oekonomierat **Achdeutscher** empfiehlt im Interesse des Wirtschaftsfriedens eine **Amnestie für die nichtbezahlten Steuerbeträge.** — Der Ausschußantrag wird angenommen.

Dr. Schwartz (Arbeitgeberv. d. Banken) begründet den Antrag des finanzpolitischen Ausschusses zur **Reichsnotopfernovelle.** Es müsse endlich festgestellt werden, wie das Reichsnotopfergesetz im zweiten Teile gestaltet werden solle. Auch dieser Antrag wird nach kurzer Debatte einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung eines Antrages über **die steuerliche Heranziehung der indirekt durch den Krieg betroffenen Gebiete.** Ihn begründet **Heppt** (Arbeitgeber d. Landwirtschaft).

Marx (Arbeitnehmerv. d. Banken): Es handelt sich hier um eine **Liebesgabe für die Landwirtschaft.** Die geltende Steuergesetzgebung bietet genügend Spielraum, um den berechtigten Bedürfnissen der durch den Krieg betroffenen Gebiete Rechnung zu tragen. Die Arbeitnehmer lehnen den Antrag ab.

Der Antrag wird im Hammelsprung mit Stimmengleichheit von 67 Stimmen abgelehnt.

Es wird hierauf ein von allen Gruppen unterstützter Antrag angenommen, wonach der Reichswirtschaftsrat einen Ausschuß für **die Heranbildung unserer wirtschaftlichen Kräfte** einsetzen soll unter Berücksichtigung möglichst aller Gewerbegruppen.

Es folgt eine Interpellation über die

Einführung des Achtstundentages im Baugewerbe.

Vizepräsident **Cohen** stellt fest, daß der Reichsregierung mitgeteilt ist, daß die Interpellation heute zur Beratung kommen soll. Eine Antwort der Regierung ist aber nicht eingegangen. Ebenso ist auch kein Regierungsvertreter zu ihrer Beantwortung anwesend.

Marx: Der Reichswirtschaftsrat hat allen Anlaß, grundsätzlich zu der durch die Nichtbeantwortung der Interpellation zum Ausdruck gekommenen **Nichtachtung der Regierung Stellung zu nehmen.** Ich beantrage eine Aussprache hierüber.

Aufhäuser (Vertr. d. techn. Angest.): Wenn der Reichswirtschaftsrat sich heute diese Behandlung gefallen läßt, so wird damit ein Präzedenzfall geschaffen. **Die Regierungsvertreter haben fluchtartig den Saal verlassen.** Darin kommt zweifellos zum Ausdruck, wie die Regierung Interpellationen des Reichswirtschaftsrates zu behandeln gedenkt.

Dir. **Krämer:** Für unsere Arbeit kann es gleichgültig sein, ob die Regierung vertreten ist oder nicht. Der Reichswirtschaftsrat soll ja kein neues Parlament sein; wir haben an dem einen genug. — Chefred. **Bernhard:** Die Regierung wünscht offenbar keine Interpellationen des Reichswirtschaftsrates, wie manche seiner Mitglieder leider auch. Ich stelle den Antrag, die Verhandlung zu vertagen, als ersten Punkt auf die morgige Tagesordnung die Interpellation zu setzen und den Reichsarbeitsminister zu benachrichtigen. — Der Antrag wird angenommen. — Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr: Beratung der Interpellation, Mietsgesetz.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife

In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages wurde die Beratung über den Etat des Reichsverkehrsministeriums fortgesetzt. Der Regierungsvertreter führte dazu aus, daß trotz der im Dezember 1920 durchgeführten Neuordnung der Gütertarife ein Verkehrsrückgang nicht eingetreten sei. Weitere Erhöhungen seien unerläßlich, um die Selbstkosten der Eisenbahn zu decken. Die Erhöhung der Gütertarife soll am 1. April, die Erhöhung der Personen-, Gepäck- und Expreßguttarife kurz danach in Kraft treten. Die Eisenbahnverwaltung schätzt die dadurch zu erwartenden Einnahmen für 1921 im Personen- und Gepäckverkehr auf 5,300 Milliarden Mark, im Güterverkehr auf 21,5 Milliarden Mark. Es wurde weiter mitgeteilt, daß die Durchreise durch das polnische Gebiet künftig ohne Paßdurchsicht und ohne Belästigung werde geschehen können. Die Debatte wurde noch nicht zu Ende geführt; sie soll am Sonnabend fortgesetzt werden.

Die Kapptage in Breslau

Während des Kapp-Putsches haben die Reichswehrtruppen in Breslau auf Befehl ihrer Offiziere fürchterliche Hunnentaten vollbracht. Neben der Ermordung von acht Arbeiterführern haben sie auch mehrere Personen geschlagen und in der schimpflichsten Weise mißhandelt. Die Mörder und die Anstifter sind zwar dem Namen nach bekannt, aber es hat sich bisher noch kein Gericht gefunden, das gegen sie eingeschritten wäre. Die Gerichte fürchten sich vor der bewaffneten Macht. Sie finden nicht den Mut, die Mordbrüder verhaften zu lassen. Lediglich ein paar untergeordnete Personen sollen jetzt vor Gericht gestellt werden. Es handelt sich um den Offizier-Stellvertreter Walter, den Oberjäger Biskop und den Unteroffizier Breffka, die sich am kommenden Montag wegen fortgesetzter gemeinschaftlicher Mißhandlung vor der Breslauer Strafkammer verantworten sollen. Die Angeklagten befinden sich seit dem 15. Juli in Untersuchungshaft. Zu dem Prozeß sind 71 Zeugen und 4 Sachverständige geladen.

Der Ausnahmeprozeß in Kassel

Kassel, 25. Februar.

Die heutige Verhandlung begann mit der Vernehmung Lohagens, der auf die Aufforderung des Vorsitzenden seine Tätigkeit **in der kommunistischen Jugendbewegung** schildert. Er erzählt von seinen Vorträgen, die er als kommunistischer Redner gehalten habe. Auf die Frage des Vorsitzenden, woher er die Kenntnisse dazu habe, bekundet der Angeklagte, er habe bei dem kommunistischen Wanderredner Dr. Dunker einen Kursus über Kommunismus mitgemacht. Außerdem habe er viel Bücher darüber gelesen und seine sonstigen Kenntnisse aus der Zeitung geschöpft, und zwar nicht nur aus der Linkspresse, sondern auch zum Beispiel aus der „Frankfurter Zeitung. — Vors.: Haben Sie Ihre Zuhörer auch aufgefordert, sich zum Kampf zusammenzuschließen? — Angekl.: Natürlich nur bildlich. **An einen brutalen Machtkampf haben wir nicht gedacht.** Hierauf gelangen die bei Lohagen beschlagnahmten Schriftstücke zur Verlesung. Vors.: Es ist doch außerordentlich auffallend, daß solche rein militärische Dinge darin stehen. Das kann sich doch nicht auf die Jugendbewegung beziehen? In einem Rundschreiben der Militär-Propaganda-Zentrale Berlin heißt es: „Die Arbeiterjugend hat dafür zu sorgen, daß gewisse Richtungen, die die Beteiligung von K. O.s nach Bataillonen und Kompagnien, die nicht der örtlichen Parteileitung unterstellt sind, vorsehen, nicht die Oberhand gewinnen, sondern unterdrückt werden. Im Falle eines Eisenbahnerstreiks, der wohl bald zum Ausbruch kommen wird, muß dann sofort der Kurierdienst aufgenommen werden, damit die Parteizentrale über die Lage in den Bezirken unterrichtet ist." — Vors.: Was bedeutet denn die Anweisung mit den Kampforganisationen? — Angekl.: Das heißt, daß die Partei solche Organisationen bekämpfen will. — Vors.: Es heißt aber doch „K. O.s, die nicht der örtlichen Leitung unterstehen", auf Deutsch diejenigen, die der örtlichen Leitung unterstellt sind, werden euch zugelassen. — Angekl.: Nein, die Partei hat die K. O.s überhaupt bekämpft. — Vors.: Ich verstehe es so, daß nur wilde K. O.s nicht gebildet werden sollen. In einem anderen Rundschreiben der M. P. J. heißt es hier: „Die Parteileitung sendet in die zuständigen M. P.-Stellen zur politischen Kontrolle einen Genossen, der nicht militärisches Mitglied des M. P.-Stabes ist. Es ist sofort zurückzumelden: 1. ob die Zusammenarbeit mit der Partei besteht, 2. ob die M. P.-Abteilung der Aufsicht der Partei untersteht". — Angekl.: Das heißt, daß es der Partei darauf ankam, gewisse Auswüchse zu bekämpfen. — Vors.: In einem anderen Schreiben heißt es: **Die Arbeiterjugend darf sich**

nicht auf den Kurierdienst allein beschränken.

Sie ist am besten geeignet für Militärpropaganda, Stoßtruppsystem. Bei der U. S. P. D. bestand früher die Anweisung, die Militärpropaganda in Massenorganisationen, in der Bildung von Bataillonen und Kompagnien zu gestalten. Die politische Leitung warnte vor derartig gefährlichen Experimenten. Derartige Mißstände sind sofort zu beseitigen. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt der Angeklagte, daß die Bezeichnung Stoßtrupps nur rein bildlich gemeint sei. — Vors. aus einem anderen Schriftstück vorlesend: „Zur Verwirklichung unserer Ziele haben die Unterbezirke die in ihrem Bezirk befindlichen Elektrizitätswerke mit genauer Bezeichnung, ob privat oder gemeinwirtschaftlich anzugeben". — Angekl.: „Das betrifft wahrscheinlich die **Sozialisierung**". — Vors.: „Dann heißt es hier in einer Flugschrift: „Unser Programm: Die Arbeiterjugend muß die revolutionäre Propaganda in die bürgerlichen Organisationen und Armeen tragen. Für später muß sie die Kadres der Roten Armee stellen." Das klingt doch absolut nicht harmlos." — Angekl.: „Das bezog sich auf die vergangenen Kämpfe in Rußland und Finnland". — Vors.: „Dann heißt es weiter: „Unser Mittel im Kampf ist erforderlich, ist letzten Endes

der offene Aufstand.

Die Arbeiterjugend muß sich bei diesem Kampf in Massen beteiligen." Zum Angeklagten: „Wie kommt es nun, daß Harbich und auch Schröder Sie als Leiter des Nachrichtendienstes bezeichnet haben?" — Angekl.: „Ich kenne Schröder nur ganz flüchtig". — Vors.: „Es steht doch aber hier in dem Vernehmungsprotokoll. Das hat sich doch der vernehmende Beamte nicht aus den Fingern gesogen!" — Damit ist die Vernehmung des Angeklagten Lohagen beendet. Dem Antrag des Rechtsanwalts Dr. Wolff, den Angeklagten aus der Haft zu entlassen, wird von Staatsanwalt Dr. Meyer widersprochen.

Hierauf wurde der Logiswirt des Angeklagten Harbich, der Zeuge **Kuderstraße** durch einen Kriminalbeamten vorgeführt. Der Vorsitzende machte ihn darauf aufmerksam, daß er auf der einen Seite im Verdacht stehe, daß er von Rechtswegen mit auf die Anklagebank gehöre, auf der anderen Seite aber verdächtigt werde, sich **als Spitzel der Rechtsparteien** betätigt zu haben. Er könne auf Fragen, durch deren Beantwortung er sich strafbar mache, die Antwort verweigern. Der Zeuge, der scheu um sich blickt, und sich nur langsam dem Richtertisch nähert, erklärt nach langem Zögern: **„Ich verweigere meine Aussage."** — Auf Antrag des Staatsanwalts wird der Zeuge sofort in Haft genommen, um der Staatsanwaltschaft zur Vernehmung vorgeführt zu werden.

Hierauf begann die Vernehmung des letzten Angeklagten, des Lehrers **Zaiser**. Zaiser, der im Kriege Offizier war, bekundet, daß er seit September 1919 der K. P. D. angehöre. An den Kämpfen im Ruhrrevier habe er sich aktiv beteiligt. Es sei deshalb auch ein Verfahren gegen ihn eingeleitet, das aber inzwischen wieder niedergeschlagen worden sei. Zur Sache selbst erklärt er, daß er an drei Besprechungen teilgenommen habe und zwar zum erstenmal im November, zusammen mit Schröder, Harbich und Kilinmüller. Bei der ersten Konferenz sei

eine Organisation des Nachrichtendienstes nach dem besetzten Gebiet

beschlossen worden. Dann habe die Konferenz auch über die Orgesch gesprochen, über die Organisation der Korps Lichtschlag, Pfeffer. Positives habe aber damals noch nicht über die Rechtsorganisationen feingestanden. Bei der zweiten Besprechung seien dann ganz phantastische Zahlen über die bewaffnete Orgesch genannt worden. Dem Plan eines **Arbeiter-Selbstschutzes** sei er scharf entgegengetreten, da er ihn für Spielerei gehalten habe. An große Orgeschverbände habe er nicht geglaubt und glaube auch heute nicht daran. Es kam dann zu scharfen Zusammenstößen zwischen mir und den übrigen. Man bezeichnete mich als **Spitzel und als Reaktionär.** Im Januar fand dann die dritte Besprechung statt. Im Vordergrund stand bei dieser die drohende Besetzung des Ruhrgebietes durch die Entente. Von Dortmund wurde angeregt, **eine Organisation**

zum Kampf gegen Frankreich

zu schaffen, was ich für einen Wahnsinn erklärte. Ich habe dann von der ganzen Sache nichts mehr gehört. Der „Befehl zum Handeln", der mit „Alfred und Hans" unterzeichnet war,

Münzstr. 24
Erste Etage

BERLOWITZ

Münzstr. 24
Erste Etage

Herrenstiefel Goodyear Welt 149.–

kammis aus den Kapp-Tagen. Als beim Kapp-Putsch im Ruhrrevier bekannt wurde, daß die Regierung gestürzt sei und daß von Seiten verschiedener Freikorps Gefahr drohe, fand in Essen eine Besprechung zur Ergreifung der nötigen Abwehrmaßnahmen statt. An dieser Besprechung nahmen teil: Ein **österreichischer Artillerie-Oberleutnant, ein deutscher Pionierleutnant**, der später bei Hamborn gefallen ist, **ein deutscher Infanteriehauptmann** und ich. Es wurden damals die Abwehrmaßnahmen gegen diese Freikorps beschlossen. Als Zeugen hierfür kann ich den österreichischen Oberleutnant benennen. Es ist ein **Dr. Viktor Stern**. Den Namen des deutschen Hauptmannes will ich nicht angeben, da dieser jetzt noch bei einem Wehrkreiskommando in leitender Stellung tätig ist. Er ist übrigens Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei. Der Angeklagte schildert dann

die Entwicklung der Kämpfe im Ruhrrevier,

insbesondere den Kampf gegen Wesel, der von Essen aus geleitet wurde. Seinen Befehl will Zaißer nie wieder gesehen haben, bis zu seiner Verhaftung. Dieser Befehl passe auf die heutige Lage wie die Faust aufs Auge. — Vors.: Wie kommt es nun, daß Schröder unter diesen Befehl eine ausführliche Anweisung an die Unterbezirke geschrieben hat, in der der Befehl zum Ausgraben der Waffen, sowie zum Fertigmachen für den 5. Januar gegeben wird und daß darunter die Unterschrift steht „Alfred und Hans". Es wäre doch eine Gemeinheit von Schröder, wenn er das aus sich selbst heraus getan hätte. — Angekl.: Es wäre nicht nur eine Gemeinheit, sondern auch eine ungeheure Dummheit.

Nach einer Pause beschloß das Gericht den **Antrag auf Haftentlassung des Angeklagten Lohagen abzulehnen. Desgleichen lehnte das Gericht sämtliche im Laufe des Prozesses gestellten Beweisanträge ab, die sich auf den Nachweis des Bestehens von Orgesch- und Selbstschutzorganisationen bezogen, da das Gericht „als wahr" unterstellt, daß die Angeklagten an das Bestehen solcher Organisationen geglaubt hätten.** Ferner wurden alle Anträge abgelehnt, die zum Beweis dafür dienen sollten, daß hinter den Angeklagten die V. K. P. D. stände. Das Gericht unterstellte auch hier, daß die Angeklagten von besonderen Stellen, wenn auch nicht direkt angestiftet, so doch stark beeinflußt worden seien. Ob diese Stellen mit der V. K. P. D. in Verbindung ständen, könne dem Gericht gleichgültig sein. Das Gericht habe es nur mit den Angeklagten, nicht mit der kommunistischen Partei zu tun. Gegen diesen Beschluß wurde von der Verteidigung protestiert.

Ein Antrag auf **Haftentlassung Zaißers** wird nach längerer Beratung abgelehnt.

Dann begründete Rechtsanwalt Dr. Wolff eine Reihe von Beweisanträge, mit denen er, wie er erklärte, zweierlei beweisen wolle: Erstens, daß Rechtsorganisationen, das heißt, daß militärische Verbände mit Genehmigung der behördlichen Stellen beständen, zum Beispiel in Bayern die bewaffnete Orgesch, Einwohnerwehr usw. Daß also der Rechtsgrundsatz der Verordnung des Reichspräsidenten durch dauernde Durchbrechung ungültig geworden sei. Zweitens, daß die Angeklagten aus Notwehr gehandelt hätten, nicht aus Putativnotwehr, sondern aus wirklicher Notwehr, weil die Rechtsorganisationen unmittelbar vor einem Umsturz in Deutschland gestanden hätten, der sich gegen die demokratische Regierung und gegen den proletarischen Einfluß der Massen gerichtet hätte.

Darauf wurde die Verhandlung auf Montag 9 Uhr vertagt.

Die Frauen und die Wahlen

Stützen des Zentrums

Bei den Preußenwahlen ist, wie schon berichtet, in mehreren Orten getrennt abgestimmt worden. Wir haben bereits über ein derartiges Ergebnis aus Hagen in Westfalen berichtet. Jetzt liegt ein neues Resultat aus Köln vor. Dort verteilten sich die männlichen und weiblichen Wähler folgendermaßen auf die Parteien:

	Männer	Frauen
Unabhängige	3 367	1 412
Kommunisten	14 418	6 932
Mehrheitssozialisten	40 429	26 302
Demokraten	6 496	4 923
Zentrum	41 207	61 789
Deutsche Volkspartei	19 451	17 644
Deutschn. Volkspartei	6 290	6 604

Aus diesem Ergebnis ist der Einfluß der Kanzel auf die weiblichen Wähler deutlich zu verspüren. Während in Hagen auch die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei starken Zustrom aus den weiblichen Wählermassen erhielten, kam er in Köln ausschließlich der Zentrumspartei zugute. Hier haben wir die Erklärung dafür, warum der Zentrumsturm trotz der Revolution nicht ins Wanken geraten ist. Das Zentrum, ehemals ein erbitterter Feind des Frauenwahlrechts, wird unter solchen Umständen natürlich zu seinem Verfechter. Aber das hilft alles nichts. Wenn das Frauenwahlrecht in seiner Wirkung heute auch in der Hauptsache den Feinden des Fortschritts zugute kommt, so müssen wir es doch verteidigen und dafür sorgen, daß die Frauen politisch erzogen werden und ihre Pflicht im Dienste des Fortschritts und der sozialen Revolution erfüllen, die sie erst wirklich zu freien und gleichberechtigten Bürgerinnen machen wird.

Die Wahlen im besetzten Gebiet

Die Nachwirkungen von Halle sind auch im besetzten Gebiet, vor allem am Mittel- und Oberrhein, stark in Erscheinung getreten. Dort, wo das Zentrum vor dem Kriege die herrschende Partei war und wo während des Krieges eine Agitation seitens unserer Partei infolge der Grenzverhältnisse fast zur Unmöglichkeit geworden war, konnte erst nach dem Novemberumsturz die Werbetätigkeit einsetzen. Die Besetzung durch Engländer, Franzosen, Belgier und Amerikaner stand dem zwar hindernd im Wege — noch bei den Reichstagswahlen, im Juni vorigen Jahres, hatten die Amerikaner einen Agitator der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei verhaftet und ausgewiesen — aber nichtsdestoweniger gelang es, eine Organisation aufzubauen und eine Tageszeitung in Köln ins Leben zu rufen. Das Resultat war, daß beispielsweise im Wahlkreis Köln-Aachen, wo bei den Wahlen zur preußischen Landesversammlung im Januar 1919 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ganze 32 Stimmen erhalten hatte, bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 bereits 70 630 unabhängige Stimmen abgegeben wurden, und daß nicht nur im Wahlkreis Köln-Aachen, sondern am ganzen Mittelrhein und den zu diesem Bezirk gehörigen Orten des besetzten rechtsrheinischen Gebiets aktionsfähige Organisationen entstanden.

Da kam Halle. In Köln und fast allenthalben schlossen sich die Mitgliedschaften den Kommunisten an, die damit nicht nur den Parteiapparat in die Hände bekamen, sondern auch die Tageszeitung „Sozialistische Republik" in Köln, ein Blatt, das übrigens schon vor Halle das Möglichste geleistet hatte, um die Mitgliedschaften in moskowitischem Geiste zu beeinflussen. Nur versprengte Anhänger waren der U. S. P. treu geblieben. Diese organisatorisch zusammenzufassen war aber leider nur in ganz verschwindendem Maße möglich. Und das einzige Organ, über das unsere Partei am Mittelrhein verfügte, war das kurz vor der Preußenwahl geschaffene Wochenblatt „Volkswille".

Wir traten also unter äußerst ungünstigen Verhältnissen in den Wahlkampf. Dazu kam, daß die Kommunisten, die angeblich die Zielklarheit über alles lieben, sich nicht scheuten, sich als U. S. P. zu bezeichnen, Wahlplakate in diesem Sinne anschlugen und ihre Stimmzettelverteiler mit Schildern behängten: U. S. P. und K. P. D. Dadurch wurde viel Verwirrung angestiftet. Wenn wir trotz des Mangels einer Presse, trotz Fehlens einer Organisation, trotz einer durch mangelnde Geldmittel bedingten, nicht sehr regen öffentlichen Propaganda in Köln-Stadt 4779 Stimmen erhielten, in Aachen 1900, in Solingen-Stadt und Land 3800 und in Coblenz über 600 Stimmen, so liegt darin gewiß kein Grund zur Befriedigung, aber immerhin beweisen diese Ziffern, daß der Wiederaufbau gelingen wird und gelingen muß.

Selbst die rechtssozialistische „Rheinische Zeitung", die die U. S. P. vor der Wahl als nicht mehr existierend bezeichnet hatte, muß in ihrer Betrachtung nach der Wahl zugeben, daß die U. S. P. mehr Stimmen auf sich vereinigt hat, als nach Lage der Dinge erwartet werden konnte. Recht kleinlaut sind die Kommunisten geworden. Sie, die eine Wahlpropaganda in amerikanischem Stil entfaltet, einen unerhörten Stimmenfang getrieben hatten und bereits von 60 000 und mehr Stimmen in der Stadt Köln allein geträumt hatten, erzielten 21 000 Stimmen in Köln.

Geradezu katastrophal hat aber die Moskauer Spaltungspolitik im Kreise Solingen gewirkt. Dort fühlten sich die Kommunisten als die Herren der Lage. Sie hatten die gesamte Organisation nach der Spaltung an sich gerissen und auch das in Solingen erscheinende Arbeiterblatt, die „Bergische Arbeiterstimme", in ihren Besitz genommen. Der Erfolg? Der alte Reichstagswahlkreis Solingen hatte seit 20 Jahren eine absolute sozialistische Mehrheit, wohlgemerkt, auch noch unter dem alten, weit schlechteren Wahlsystem. Heute kann die kapitalistische Presse in ganz Rheinland-Westfalen triumphierend verkünden, daß eine Hochburg der Arbeiterbewegung erstürmt worden sei. Die bürgerlichen Parteien haben bei der preußischen Landtagswahl die Arbeiterparteien mit über 3000 Stimmen überflügelt!

Charakteristisch ist auch das Ergebnis der Wahl in Iserlohn. Dort hatte sich die Arbeiterschaft schon vor der Revolution eine gute Position verschafft; die sozialistische Bewegung arbeitete hier gewissermaßen vorbildlich für ganz Rheinland-Westfalen. Nach der Revolution rissen die Kommunisten die Führung an sich und arbeiteten mit einer derartigen Intelligenz und Geschicklichkeit, daß den Arbeitern sehr bald jede Lust nicht nur am politischen, sondern auch am gewerkschaftlichen Leben verloren ging. Die Arbeiterbewegung in Iserlohn ist heute ein Trümmerhaufen, die wüste Agitation der Kommunisten hat sich nun bei der Landtagswahl an der eigenen Partei gerächt. **Bei der Reichstagswahl brachten es die Kommunisten auf 2010 Stimmen, bei der Landtagswahl gingen die Stimmen auf 785 zurück.** Die gleichen Erscheinungen werden die Kommunisten sehr bald auch in anderen Orten zu verzeichnen haben. Sie sind nicht in der Lage, der Arbeiterbewegung in irgendeiner Lage führend voranzugehen, ihr zu praktischen Erfolgen zu verhelfen. Sobald das von den Arbeitermassen eingesehen wird, — und diese Einsicht kommt, wie das Iserlohner Beispiel zeigt, sehr bald —, ziehen sich die Massen von der Anteilnahme am politischen Leben zurück und schwenken ins Lager der Indifferenten ab. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, unsere Partei mit allen Mitteln auszubauen, damit sie zum Sammelpunkt des gesamten revolutionären sozialistisch geschulten Proletariats wird. Die kommunistische Politik wirkt nicht revolutionär, sondern reaktionär. Deshalb gehört die Zukunft der U. S. P. D.!

Ehrhardt und der Putsch

Die Warnung, die am Donnerstag morgen die „Deutsche Allgemeine Zeitung" und ein paar Stunden später auch der Reichsminister Dr. Simons ausgestoßen hat, ist von einem Teil der Presse nicht ernst genommen worden. Vor allem hat die „Vossische Zeitung" geglaubt, es handle sich nur um „dunkle, beweislose Andeutungen". Inzwischen ist das Blatt eines Besseren belehrt worden. Es teilt gestern abend ebenso wie andere Zeitungen mit, daß Kapitän Ehrhardt, der Führer der Marinebrigade seligen Angedenkens, hinter dem putschistischen Unternehmen steht. Ehrhardt, gegen den ein Haftbefehl erlassen worden ist, hält sich seit Monaten ungestört in Bayern auf. Er hat, wie wir wiederholt berichteten, seine frühere Truppe nach Bayern dirigiert und beschäftigt die Soldaten dort in den Wäldern dem Scheine nach einstweilen als Holzhacker. Von Ehrhardt selbst wurde gemeldet, daß er im bayerischen Justizministerium, das unter der Leitung des Erzreaktionärs Dr. Roth steht, angestellt sei. Diese Nachricht wird jetzt von bayerischer Seite dementiert, aber daß Ehrhardt sich tatsächlich in Bayern befindet, wird nicht abgestritten.

Tatsächlich kann Kapitän Ehrhardt als der Führer des neuen Putsches angesehen werden. Es scheint festzustehen, daß er an Herrn Stinnes herangetreten ist und ihm das Anerbieten gemacht hat, die gegenwärtige Regierung zu stürzen, falls sie bei den Verhandlungen in London „versage". Ehrhardt wollte sich dann selbst zum Diktator und Obersten Befehlshaber für Deutschland ausrufen lassen. Herr Stinnes hat diesen Plan als wahnwitzig bezeichnet; er hat abgelehnt und in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" den Warnungsschuß abgegeben. Der Verfasser des Artikels der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", der sich als Wirtschaftspolitiker bezeichnete, dürfte in der Tat Herr Hugo Stinnes selbst gewesen sein. Denn obwohl auch Stinnes als deutscher Volksparteiler die Wiederkehr der Monarchie wünscht, so scheint er doch nicht an einem Putsch interessiert zu sein, der ihn bei seinen guten Geschäften stören könnte.

Wenn die Putschisten in Deutschland auch keine Aussicht haben, einen bleibenden Erfolg zu erzielen, so kann doch nicht eindringlich genug davor gewarnt werden, die Sache etwa auf die leichte Schulter zu nehmen. **Bayern hat eine Einwohnerwehr in Stärke von etwa 400 000 Mann.** Auch im übrigen Reich ist die Orgesch trotz aller Verbote straff formiert und dank ihrer günstigen Verbindung mit der Reichswehr gut mit Waffen und Kriegsgerät versehen. Außerdem steht fest, daß das putschistische Abenteuer bei gewissen Reichswehr- und Sicherheitsoffizieren wohlwollende Unterstützung findet.

Die Reichsregierung aber hat die Aufgabe, den Meuterer Ehrhardt endlich hinter Schloß und Riegel zu setzen!

Parteiausschlüsse in Frankreich. Der Ausschuß der französischen sozialistisch-radikalen Partei hat beschlossen, acht Mitgliedern, darunter die jetzigen Minister Sarraut und Daniel Vincent, die sich für Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan ausgesprochen haben, mildernde Umstände zuzubilligen und ihnen einen Verweis zu erteilen, dagegen die Abgeordneten Puech und Bluysen aus der Partei auszuschließen. Auch der der Partei nahestehende Abgeordnete Bonnet wurde als außerhalb der Partei stehend bezeichnet.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Kemmerler, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Moderne, fertige Herren-Kleidung
M. SCHULMEISTER
Moderne, fertige Jünglings-Kleidung
Dresdener Straße 4, Kottbuser Tor :: Herren- und Knaben-Konfektionshaus

Ein unentbehrliches Notizbuch ist der
U. S. P. D. Taschenkalender 1921
Gut gebunden 4,— Mark
(Organisationen erhalten Preisermäßigung.)
BUCHHANDLUNG „FREIHEIT"
BERLIN C 2, Breite Straße 8—9

Bandwurm mit Kopf verloren!
„Seit 7 Jahren an Bandwurm leidend u. nun schon 6 Mittel erfolglos gebraucht, probierte ich jetzt Ihr Mittel u. habe nach 1½ Stunden den Bandwurm mit Kopf verloren." So wurden bereits Tausende d. Reichel's Bandwurmmittel befreit! M. 10,—, für Kinder M. 7.50 (Altersangabe) Otto Reichel, Berlin 48, SO, Eisenbahnstr. 4.

Alt-Metalle kauft **Wiemer**
Pascalstraße 3 und Helmholtzstraße 11 beides an der Gotzkowskybrücke.

Möbel zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Bar- od. Teilzahlung
bei kleinster An- und Abzahlung. Kulanteste Bedingungen.
Bürgl. Wohnungseinrichtgn
Schlafzimmer, Wohnzimmer, Herrenzimmer, Speisezimmer
Bunte Küchen
Einzelne Möbel
Liefere auch n. auswärts
Lagerung kostenlos
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. v. Alexanderpl.
Filiale: Badstr. 47a/48. 5 Min. v. Bhf. Gesundbr.

Botenfrauen
werden noch eingestellt, zum 1. März, in unserer neuen Ausgabestelle
Schwedter Straße 23.
Meldungen erbitten in unserer
Spedition Johannisstr. 9.

Botenfrauen
(organisierte), welche schon ausgetragen haben, sucht für Marschstr., Prinzendorfer Str., Kaiser-Friedr.-Str., Saalestr. etc.
Spedition Krüger / Neukölln
Emser Straße 82

Saal mit Piano oder Vereinszimmer für Vereine jeglicher Art noch einige Tage in der Woche frei
Restaurant Dresdener Str. 1.

VEREINE
Verlosungsartikel zu billigsten Preisen
Bazar Robert, Oranienstr. 18
Vorzeig. d. Inserats 3% Rab.

Alte, bekannte **Möbelfabrik,**
liefert vertrauenswürdigen Leuten unter der Bedingung gewissenhafter Diskretion
komplette Wohnungseinrichtungen
zu günstigen **Zahlungsbedingungen**
Offerten unter V. 78 a. Exp. d. „Freiheit", Berlin C 2

Riesen-Preise für Altmetalle Quecksilber
Prenzlauer Str. 24
Waldstraße 5
Gubener Str. 59
Skalitzer Str. 65a
Bahnstr. 46, Schönhs.
Händler Extrapreise.

Geschlechtskranke fanden, wenn alles andere versagte, nachweisbar noch Hilfe im Naturae-Institut (ärztliche Leitung), Wittenbergplatz 3 (Hallesch. Tor 10-1 1—8, Sonnt. 11—1. Damenzimmer separat. Jeder Kranke verlange Dr. med. Ludwigs Aufklärungsschrift für M. 2.40 im verschloss. Umschlag ohne Aufdruck. Angabe des Leidens erforderlich.

Wer seine Altmetalle verkaufen will, wende sich zur **Metallverwertung**
Weißenburger Straße 11
Köpenicker Straße 121a
Reinickendorfer Straße 107
Gipsstraße 10, vorn 1 Treppe
Lothringer Str. 47, vorn I. E.
Humboldt 3382 • Preiseinholen

Soeben erschienen.
KARL RADEK
Theorie und Praxis der 2½ Internationale
56 Seiten Preis Mk. 1.50
Zu beziehen durch die Verlagsbuchhandlung
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11.

Soeben erschien! Soeben erschien!
Der weiße Schrecken in Polen
32 Seiten. Preis 1.00 Mk.
Aus dem Inhalt: Die Ereignisse vor dem Pogrom im Frauengefängnis Wronki / Der Pogrom in Wronki / Folterkammern im Gefän
Zu beziehen durch den Verlag
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11

Beachtet bei Einkäufen unsere Inserenten.